



# Jahresrückblick 2018



**Landratsamt Ansbach**

# Inhaltsverzeichnis

- 1. Landkreisangelegenheiten (ab Seite 1)**
  - 1.1 erwähnenswerte Ereignisse in chronologischer Reihenfolge
  - 1.2 Kreisorgane
  - 1.3 Haushalt und Finanzen
  - 1.4 Personalwesen
  - 1.5 Arbeitssicherheit
  - 1.6 Kreiseinrichtungen
- 2. Kindertageseinrichtungen, Bildung (ab Seite 5)**
  - 2.1 Kindertageseinrichtungen
  - 2.2 Kostenfreiheit des Schulweges
  - 2.3 Ausbildungsförderung
  - 2.4 Schulverwaltung
  - 2.5 Volkshochschule des Landkreises Ansbach
- 3. Kreisheimat- und Kreisarchivpflege (Seite 7)**
- 4. Informationstechnologie (Seite 8)**
- 5. Sozialbereich (ab Seite 9)**
  - 5.1 Sozialhilfe
  - 5.2 Seniorenhilfeplanung
  - 5.3 Jobcenter
  - 5.4 Staatliches Versicherungsamt
  - 5.5 Betreuungsstelle
  - 5.6 Soziale Wohnraumförderung, Wohngeld
  - 5.7 Amt für Jugend und Familie
  - 5.8 Eltern-, Jugend- und Familienberatungsstelle
- 6. Verkehr, Straße, Verkehrssicherheit (ab Seite 22)**
  - 6.1 Kfz-Zulassungsrecht
  - 6.2 Fahrerlaubnisrecht
  - 6.3 Straßenverkehrsrecht
  - 6.4 Kreis-, Gemeindestraßenbau
  - 6.5 Öffentlicher Personennahverkehr
- 7. Umwelt- und Naturschutz, Abfallwirtschaft, Wasserrecht (ab Seite 25)**
  - 7.1 Umwelt- und Naturschutz
  - 7.2 Abfallwirtschaft, Abfallrecht
  - 7.3 Wasserwirtschaft, Wasserrecht
- 8. Baurecht (ab Seite 39)**
- 9. Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung (ab Seite 42)**
- 10. Gleichstellung (Seite 45)**
- 11. Sicherheit und Ordnung (ab Seite 46)**
- 12. Meldewesen (ab Seite 50)**
- 13. Gewerbe-, Jagd- und Fischereirecht (Seite 53)**
- 14. Humanmedizin (ab Seite 54)**
  - 14.1 Gesundheitsförderung
  - 14.2 Seuchen- und Umwelthygiene
  - 14.3 Medizinisches Gutachtenwesen
- 15. Gesundheits- und Veterinärwesen (ab Seite 70)**

# Jahresrückblick 2018

## 1. Landkreisangelegenheiten

### 1.1 erwähnenswerte Ereignisse in chronologischer Reihenfolge:

- Am 24. Januar tagte das Gesundheitsforum der Gesundheitsregion<sup>plus</sup>. Ziel ist es, gemeinsam Schwerpunktthemen für die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> des Landkreises Ansbach und der Stadt Ansbach zu finden. Die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> ist eine geförderte Projektregion des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege.
- Mitte Februar fand das 22. Unternehmerforum vor rund 200 Teilnehmern in der bayerischen Bauakademie in Feuchtwangen statt.
- Zum 1. März hat Herr Dr. Sontheimer seinen Dienst als neuer Vorstand des Krankenhausverbundes ANregiomed gKU begonnen.
- Im Bereich der Abteilung 6 Bauen, Schulen hat Herr Lößlein am 1. April als neuer Leiter die Nachfolge von Frau Christa Deuter-Klein angetreten.
- Vom 11. bis zum 15. April präsentierten rund 40 Aussteller in der Halle E „Landkreis Ansbach – Heimat erleben“ die Vielfalt des Landkreises Ansbach auf der Kontakta.
- Zum 25. Mai musste die EU-Datenschutzgrundverordnung umgesetzt werden. Ziel der DSGVO ist die Vereinheitlichung der Datenschutzvorschriften im europäischen Raum.
- Am 12. Juni 2018 eröffnete Landrat Dr. Jürgen Ludwig gemeinsam mit Reinhard Schmutzer, Vorsitzender des Kreisverbandes Ansbach des Bundes der Vertriebenen, die Ausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Ansbach. Vom 12. Juni bis zum 31. Juli hatten Interessierte die Möglichkeit die Schautafeln der Ausstellung im Foyer des Landratsamt Ansbach zu besichtigen.
- Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Ansbach organisierte den sechsten Unternehmerabend am 24. Juli im Golfclub Lichtenau-Weickersdorf. Landrat Dr. Ludwig gab den rund 340 Teilnehmern einen Überblick über die ausgezeichnete Entwicklung in vielen Wirtschaftsbranchen. Bürgermeister Uwe Reißmann stellte die Gemeinde Lichtenau und Klaus-Dieter Glinka stellte den Golfclub als Präsident vor.
- Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums fand ein Partnerschaftstreffen mit dem Erzgebirgskreis Aue statt. Die Landräte der Landkreise Ansbach, Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Nürnberger Land und Emmendingen reisten jeweils mit einer Delegation in den Erzgebirgskreis um das Ereignis zu feiern.
- Zum alljährlichen Erfahrungs- und Gedankenaustausch trafen sich die Kreisheimat- und Kreisarchivpfleger des Landkreises Ansbach am 13. September im Landratsamt.
- Am 14. Oktober fanden die 16. Bezirkswahlen und die Wahlen zum 18. Bayerischen Landtag statt.
- Vom 17. Oktober bis Ende November war im Foyer des Landratsamtes Ansbach die Ausstellung „Wie wohnen? Wo leben? Flächen sparen – Qualität gewinnen“ des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zu sehen. Die Ausstellung, die vom Regionalmanagement des Landkreises Ansbach organisiert wurde, richtete sich insbesondere an junge Bauinteressenten und zeigte Alternativen zum Neubau auf der grünen Wiese auf.
- Der sechste Ehrenamtsabend des Landkreises Ansbach wurde am 19. Oktober in Herrieden veranstaltet. Als Dankeschön für ihr ehrenamtliches Engagement kamen rund 280 Besitzer der Bayerischen Ehrenamtskarte, Vertreter aus Politik sowie der Akzeptanzstellen an diesem Abend zusammen.
- Der Erzgebirgskreis besuchte den Landkreis Ansbach vom 2. bis zum 4. November zu den Fisch- und Wildtagen. Hier war auch die Teichgenossenschaft des Landkreises eng mit eingebunden.

- Am 23. November wurde die Elektro-Ladestation für die Bürger am Landratsamt Ansbach eröffnet.
- Vom 12. bis zum 16. November fand die Ausstellung zum Deutschen Bundestag statt.
- Vom 12. bis zum 22. November konnte die Ausstellung „Kindersprechstunde“ im Landratsamt besichtigt werden.
- Am 4. Dezember trafen sich die mittelfränkischen Landräte zu ihrer Bezirksverbandstagung in der Alten Vogtei in Wolframs-Eschenbach.
- Im Dezember legte Herr Kreisrat Günther Babel sein Amt als Kreisrat nieder. Als sein Nachfolger wurde Herr Norman Blevins aus Windsbach in der Kreistagssitzung am 14. Dezember vereidigt.
- Mit der Umsetzung des Förderprogramms zur Förderung von Glasfaseranschlüssen an Schulen wurde begonnen.

### **1.2 Kreisorgane**

Insgesamt wurden 49 (2017: 42) Ausschusssitzungen mit 187 (2017: 184) Beschlüssen und 3 (2017: 3) Kreistagssitzungen mit 26 (2017: 24) Beschlüssen organisiert, durchgeführt, protokolliert und abgerechnet.

### **1.3 Haushalt und Finanzen**

Der Kreistag hat am 9. März 2018 den Haushaltsplan samt den Wirtschaftsplänen für die Senioren- und Pflegeheime Feuchtwangen und Wassertrüdingen mit allen notwendigen Bestandteilen für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen.

Der Verwaltungshaushalt des Landkreises Ansbach beinhaltet mit einem Volumen von 204,4 Mio. EUR den wesentlichen Anteil der Kreisfinanzen, der zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben insbesondere für die laufenden Geschäfte in den Bereichen der Verwaltung und der Daseinsvorsorge erforderlich ist.

Die Schwerpunkte liegen beim Betrieb der weiterführenden Schulen, der Förderschulen und der beruflichen Schulen, der sozialen Einrichtungen sowie des Gesundheitswesens. Die soziale Sicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit gehören ebenso zum Aufgabenbereich des Landkreises wie die Unterstützung der wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, das Verkehrswesen einschließlich des Unterhalts von Kreisstraßen und schließlich der gesamte Verwaltungsbereich der Kreisverwaltungsbehörde und des staatlichen Landratsamtes.

Im Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 23,6 Mio. EUR konnte die Finanzierung der notwendigen Investitionen für die Schulen, öffentlichen Einrichtungen und für die Kreisstraßen sichergestellt werden.

Der Landkreis schließt Ende des Jahres mit einem Schuldenstand von 40,8 Mio. EUR (Ende 2017: 45,1 Mio. EUR) ab.

#### **1.4 Personalwesen**

Am 31.12.2018 waren beim Landkreis Ansbach insgesamt 1.034 Mitarbeiter (davon 44 beurlaubt) beschäftigt. Der Anteil der Auszubildenden/Anwärter liegt bei 42 Personen und beträgt damit derzeit 4,1 %. Im Einzelnen setzen sich die oben genannten Mitarbeiterzahlen wie folgt zusammen:

<b>Bezeichnung</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Kernverwaltung	543	550	1,3 %
Fleischbeschau	42	41	-2,4 %
Schulen	64	64	0,0 %
Senioren- und Pflegeheime	162	168	3,7 %
Staatsbeamte und -beschäftigte	138	140	1,4 %
Straßenunterhalt	56	56	0,0 %
Sonstige	14	15	7,1 %
<b>Gesamt</b>	<b>1.019</b>	<b>1.034</b>	<b>1,5 %</b>

#### **1.5 Arbeitssicherheit**

Die Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der Vorschriften 1 und 2 der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung erfolgte in Kooperation mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit, dem Betriebsarzt und dem Personalrat.

Die Tätigkeit umfasste im Wesentlichen folgende Bereiche:

- Einsatzzeiten- und Terminplanung für den Betriebsarzt
- Kostenabwicklung der betriebsärztlichen Betreuung
- Organisation und Leitung der Arbeitsschutzausschusssitzungen
- Organisation: Schulungen der Schulhausmeister und „Ersthelfer“ sowie bezüglich des „Umganges mit dem Defibrillator“
- Überwachung und Organisation der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen, Arbeitsplatzbegehungen, Gesprächstermine
- Verantwortlich für Erste-Hilfe-Material, inkl. persönlicher Schutzausstattung

## **1.6 Kreiseinrichtungen**

### **1.6.1 Fertiggestellte Bau- bzw. Umbaumaßnahmen**

- Gymnasium Feuchtwangen: Generalsanierung Bauabschnitt 2B
- Markgraf-Georg-Friedrich Realschule Heilsbronn: Einbau eines Aufzugs

### **1.6.2 im Bau befindliche Maßnahmen**

- Staatliches Berufliches Schulzentrum Rothenburg-Dinkelsbühl, Berufsschule Dinkelsbühl: energetische Sanierung Elektroanlagen/Beleuchtung und Brandschutzmaßnahmen
- Staatliches Berufliches Schulzentrum Rothenburg-Dinkelsbühl, Berufsschule Rothenburg: Anbau eines Aufzugs, energetische Sanierung Elektroanlagen/Beleuchtung und Brandschutzmaßnahmen
- Toppler-Turnhalle Rothenburg o.d.T.: Generalsanierung

### **1.6.3 in Vorbereitung befindliche Maßnahmen**

- Johann-Steingruber-Realschule Ansbach: Generalsanierung der Freisportanlagen
- Markgraf-Georg-Friedrich Realschule Heilbronn: Generalsanierung Gebäude M
- Sebastian-Strobel-Schule Herrieden: Neugestaltung des Pausenhofs
- Staatliches Berufliches Schulzentrum Ansbach-Triesdorf: Neubau des Schulgebäudes am Standort Triesdorf
- Staatliches Berufliches Schulzentrum Rothenburg-Dinkelsbühl, Standort Rothenburg: energetische Sanierung der Flachdächer und Sheddächer am Werkstattgebäude

Alle Baumaßnahmen in und an den Senioren- und Pflegeheimen Feuchtwangen und Wassertrüdingen werden fachlich durch das Sachgebiet Hochbau betreut.

Zur Bestandssicherung unserer 81 landkreiseigenen Gebäude mit einem umbauten Raum von 732.000 m<sup>3</sup> wurden in 2018 ca. 2,1 Mio. EUR verbaut.

## 2. Kindertageseinrichtungen, Bildung

### 2.1 Kindertageseinrichtungen

	2017	2018	Veränderung
Kindertageseinrichtungen	112	113	0,9 %
davon Kindergärten	102	103	1,0 %
davon Horte	6	6	0,0 %
davon Krippen	4	4	0,0 %
Plätze für Kinder unter 3 Jahren	1.667	1.803	8,2 %
Plätze für Kinder ab 2,6 Jahren	6.444	6.522	1,2 %

	2017	2018	Veränderung
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Landesmittel)	20,4 Mio. €	21,4 Mio. €	4,9 %
Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im letzten Kindergartenjahr (Landesmittel)	1,8 Mio. €	1,9 Mio. €	5,6 %
Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (Bundesmittle)	2,2 Mio. €	2,4 Mio. €	9,1 %

Es wurden folgende Fortbildungen und Veranstaltungen im Rahmen der Bildungsregion durchgeführt:

#### Kooperation Schule – Kindertageseinrichtung

- Fachtag zum Thema „Inklusion in Kindertageseinrichtungen“ am 17. Dezember 2018 im Landratsamt Ansbach
- Fortbildung zur Öffnung des „Vorkurs Deutsch 240“ für alle Kinder in Kitas mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf im Bereich Deutsch am 8. November 2018 und am 12. Dezember 2018 im Landratsamt Ansbach
- Runder Tisch zum Thema „Inklusion in Kindertageseinrichtungen und Schulen“ am 13. Juni 2018

#### Fortbildung für das Personal von Kindertageseinrichtungen

„Feinfühligkeit und Bindung in der außerfamiliären Betreuung“ am 19. April 2018 im Landratsamt Ansbach

Dienstbesprechung mit den Leitungen der Kindertageseinrichtungen am 15. und 16. Mai 2018 im Landratsamt Ansbach

## **2.2 Kostenfreiheit des Schulweges**

Die Gesamtausgaben für die Schülerbeförderung im Jahr 2018 beliefen sich auf ca. 5,4 Mio. EUR (Vorjahr 5,6 Mio. EUR). Für ca. 200 Schulbusstrecken wurden Fahrpläne ausgearbeitet und erstellt.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
berechtigte Schüler (Klasse 1-10)	6.699	6.407	-4,4 %
ausgestellte Berechtigungsausweise, Fahrkarten und Wertmarken	6.790	6.368	-6,2 %
Fahrtkostenerstattungen	855	771	-9,8 %
Vorausleistung von Eigenanteilen	429	332	-22,6 %
private Kfz-Benutzung	349	230	-34,1 %
Gesamtausgaben Schülerbeförderung	5.593.405 €	5.443.035 €	-2,7 %

## **2.3 Ausbildungsförderung**

Vollzug des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Antragseingänge	631	469	-25,7 %
Gesamtauszahlungsbetrag	1,73 Mio.€	1,50 Mio.€	-13,3 %

Vollzug des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG)

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Antragseingänge	607	556	-8,4 %
Gesamtauszahlungsbetrag	1,55 Mio.€	1,65 Mio.€	6,5 %

## **2.4 Schulverwaltung**

Aus dem Bereich Schulen sind für das Jahr 2018 folgende Projekte erwähnenswert:

- Fortführung der offenen Ganztagschule an der Staatlichen Realschule Heilsbronn (fünf Gruppen)
- Fortführung der offenen Ganztagschule am Johann-Sebastian-Bach-Gymnasium Windsbach (zwei Gruppen)
- Fortführung der offenen Ganztagschule am Sonderpädagogischen Förderzentrum Herrieden (vier Gruppen)
- Fortführung der offenen Ganztagschule am Sonderpädagogischen Förderzentrum Dinkelsbühl (drei Gruppen)
- Fortführung der offenen Ganztagschule an der Staatlichen Realschule Ansbach (fünf Gruppen)
- Fortführung der offenen Ganztagschule an der Staatlichen Realschule Feuchtwangen (eine Gruppe)
- Fortführung der offenen Ganztagschule an der Staatlichen Wirtschaftsschule Dinkelsbühl (zwei Gruppen)
- Fortführung der offenen Ganztagschule an der Staatlichen Realschule Herrieden (eine Gruppe)
- Fortführung der offenen Ganztagschule an der Staatlichen Realschule Rothenburg o.d.T. (zwei Gruppen)
- Fortführung der gebundenen Ganztagschule (zwei Gruppen) am Reichsstadt-Gymnasium Rothenburg o.d.T.



Die Gesamtinvestitionen des Landkreises Ansbach betragen im Haushaltsjahr 2018 für das Schuljahr 2018/19 148.500 EUR.

### **2.5 Volkshochschule des Landkreises Ansbach**

Im Jahr 2018 ist das Bildungsangebot der Volkshochschule (vhs) im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Der Bedarf an Integrationskursen mit hoher Stundenzahl ist nochmals zurückgegangen, dafür erhöhte sich die Zahl an Deutschkursen in Firmen im Landkreis. Auch der Bedarf an externen Sprachprüfungen nimmt im Landkreis Ansbach kontinuierlich zu. Darauf reagierte die vhs mit weiteren Angeboten.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Veranstaltungen	1.472	1.531	4,0 %
Teilnehmende	18.795	18.400	-2,1 %
Doppelstunden	10.145	9.561	-5,8 %

Die Zahl der Außenstellen, in denen ein Erwachsenenbildungsprogramm stattfindet, liegt unverändert bei 33. Nach wie vor den größten Anklang finden Angebote der Gesundheitsbildung, gefolgt von kulturellen Aktivitäten.

### **3. Kreisheimat- und Kreisarchivpflege**

Die Heimatpfleger engagieren sich in unserem Landkreis für die Bewahrung und Pflege des heimatlichen Kulturgutes. Die Aufgaben der Heimatpflege sind auf Erhaltung und auf Gestaltung gerichtet. In der Vergangenheit geschaffene Werte sollen bewahrt und gepflegt werden, Neues soll sich in das Vorhandene einfügen.

Den vielfältigen Aufgaben der Heimatpflege widmen sich in unserem Landkreis neun Kreisheimatpfleger. Sie agierten dabei als wichtiger Ansprechpartner für Themen der Denkmalpflege und Ortsgestaltung, Heimatforschung und Heimatgeschichte, Volkskunst und Handwerk, Natur- und Kulturdenkmale sowie der Brauchtumspflege. Die Heimatpfleger standen u.a. den Kommunen, Vereinen sowie Behörden beratend und unterstützend zur Seite.

#### **4. Informationstechnologie**

<b>Administration und Betreuung</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Außenstellen	10	10	0,0 %
Drucker	331	331	0,0 %
Fachanwendungen	125	119	-4,8 %
IP-Telefonie	-	55	- %
Laptops/Tablet-PCs	61	65	6,6 %
LBNA-Gemeinden	22	21	-4,5 %
Mobile Devices	41	41	0,0 %
PCs	690	699	1,3 %
Schulen	26	27	3,8 %
Schülerwohnheime	2	2	0,0 %
Server	110	117	6,4 %

#### **Durchgeführte Projekte vom Sachgebiet Informationstechnologie:**

- Aufrufanlage der Zulassung um den Funktionsbereich „Führerschein“ erweitert
- diverse Aktionen wegen Datensicherheit und Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)
- Dokumentenmanagementsystem in Produktionsbetrieb übernommen, inklusive Erweiterung der Ablagestrukturen
- Erweiterung SAN (Storage-Area-Network) und Spiegel-SAN
- FWU-Verträge (FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH) mit Schulen über Microsoft Software-Leasing
- Implementierung der Online Auskunft für Bauherren
- Implementierung des Online-Bewerberportals
- Implementierung eines weiteren, zentralen Datenbank-Servers
- Implementierung i-KFZ (internetbasierte Fahrzeugzulassung) Stufe 2
- Informationsveranstaltung für Gemeinden zum Thema BayEGovG (Bayerisches E-Government-Gesetz) und EU-DSGVO
- Installation CTI (Computer Telephony Integration)
- Landtags- und Bezirkswahl IT-technisch durchführen
- Migration Datenleitung auf neue Technik
- neue Cloud-Funktionen in der Landratsamt-Cloud bereitgestellt
- neue digitale Schul-IT-Managementlösung an zwei Pilotschulen eingeführt
- neue Systemüberwachung
- neue zentrale Netzwerk-Backbones mit automatischen Failover und Lastausgleich
- neues Fachverfahren im Bauamt implementiert einschließlich neuer Hardware
- neues Überwachungssystem für die zentralen Hardware- und Softwarebereiche in Betrieb genommen
- PC-Alarm auf technisch neue Basis gestellt
- vier neue zentrale Servermaschinen beschafft und implementiert
- WLAN (Wireless Local Area Network) im Dienstgebäude 2 installiert

## **5. Sozialbereich**

### **5.1 Sozialhilfe**

#### Überblick über wichtige Kennzahlen der Sozialhilfeverwaltung

<b>Jahr</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
eingegangene Anträge nach SGB XII	1.134	1.067	-5,9 %
Hilfe zum Lebensunterhalt	83	67	-19,3 %
Grundsicherung	690	630	-8,7 %
davon Grundsicherung für Jüngere	378	336	-11,1 %
davon Grundsicherung für Ältere	312	294	-5,8 %
Hilfe zur Gesundheit	27	27	0,0 %
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts (bisher Hilfe zur Pflege)	15	10	-33,3 %
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten § 67 SGB XII	4	4	0,0 %
Bestattungskosten	28	40	42,9 %
Lastenausgleichsgesetz	2	2	0,0 %
Leistungen an Asylbewerber (Personen)	810	587	-27,5 %
Schuldnerberatung	43	51	18,6 %
Kriegsopferfürsorge	2	2	0,0 %
Bildungs- und Teilhabeleistungen	478	533	11,5 %

### **5.2 Seniorenhilfeplanung**

#### a) Förderung ambulanter Pflegedienste

	<b>2017 (Förderjahr 2016)</b>	<b>2018 (Förderjahr 2017)</b>	<b>Veränderung</b>
Antragseingänge	24	26	8,3 %
Gesamtauszahlungsbetrag	300.000,00 €	300.000,00 € <sup>*)</sup>	0,0 %

\*) Im Jahr 2018 wurden entsprechend der Förderrichtlinien Abschlagszahlungen in Höhe von 138.429 EUR ausgezahlt.

#### b) Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Am 20. November 2018 wurde zum zweiten Mal der Förderpreis für vorbildliche Seniorenprojekte verliehen. Den Förderpreis für vorbildliche Seniorenprojekte erhielten die „Bürgergemeinschaft Hand in Hand Dinkelsbühl Stadt und Land e.V.“ (1. Platz), der Seniorenbeirat der Stadt Heilsbronn (2. Platz) und der Besuchsdienst/-kreis der Evangelischen Kirchengemeinde St. Jakob Rothenburg ob der Tauber (3. Platz). Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 EUR für den ersten, 2.000 EUR für den zweiten und 1.000 EUR für den dritten Platz verbunden.

Im Rahmen der Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes wurde in der Projektgruppe 3 „Gesundheit und Pflege“ des Bündnisses für Familie, der Arbeitsgruppe Pflege der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> und dem Arbeitskreis Gerontopsychiatrie mitgearbeitet und außerdem an der Dienstbesprechung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales für die Koordinatoren für Seniorenarbeit, den Austauschtreffen der mittelfränkischen Fachstellen für Seniorenarbeit, dem Fachtag „Demografische Herausforderung Pflege im ländlichen Raum“ sowie dem Gesundheitsforum der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> teilgenommen. Das Begleitgremium für das Seniorenpolitische Gesamtkonzept hat sich im Jahr 2018 zu einer Sitzung getroffen.

In seiner Sitzung am 26. Juni 2018 hat der Seniorenhilfesausschuss beschlossen, das im Jahr 2012 vom Kreistag verabschiedete Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Ansbach fortzuschreiben. Im Oktober 2018 wurde der entsprechende Auftrag vergeben.

### **5.3 Jobcenter**

<b>Hilfebedürftige – Bedarfsgemeinschaften</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Bedarfsgemeinschaften (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	1.801	1.522	-15,5 %
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	2.430	2.001	-17,7 %
Arbeitslose SGB II insgesamt (Jahresdurchschnittswert)	1.218	1.014	-16,7 %
Arbeitslosenquote insgesamt - nur SGB II (Jahresdurchschnittswert)	1,2 %	1,0 %	-16,7 %
arbeitslose Jugendliche U 25 SGB II (Jahresdurchschnittswert)	93	66	-29,0 %
Arbeitslosenquote U 25 - nur SGB II (Jahresdurchschnittswert)	0,7 %	0,5 %	-28,6 %
finanziell versorgt über das Jobcenter werden (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	3.652	3.112	-14,8 %
Unterbeschäftigungsquote insgesamt – nur SGB II (Jahresdurchschnittswert)	1,4 %	1,2 %	-14,3 %

<b>Integrationsarbeit des Jobcenters (aktive Vermittlungsarbeit)</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Zugänge an Arbeitslosen (Jan. - Dez.)	2.794	2.333	-16,5 %
Integrationen auf den ersten Arbeitsmarkt (vorläufiger Wert; Berichtsmonat November)	799	701	-12,3 %

<b>durchschnittliche Leistungen an die Bedarfsgemeinschaften</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
durchschnittliche Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	884 €	850 €	-3,8 %

<b>Kostenentwicklung passive Leistungen</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Summe passive Leistungen kumuliert für das Gesamtjahr (Bundesanteil: Ausgaben - Einnahmen)	11,2 Mio.€	9,1 Mio.€	-18,8 %
Summe kommunale Leistungen (Kosten der Unterkunft, einmalige Leistungen) kumuliert für das Geschäftsjahr (Ausgaben - Einnahmen)	6,7 Mio.€	5,0 Mio.€	-25,4 %

#### Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit 2018:

- Ausrichtung der Integrationsarbeit mit Flüchtlingen auf eine qualifizierte und langfristige Integration in das Erwerbsleben
- Erreichen der gesetzten Ziele in Hinblick auf die Senkung der passiven Leistungen, der Integrationsquote und der Vermeidung des Langzeitleistungsbezugs
- Fortführung und Modifizierung der jobcenterinternen Intensivbetreuung und -beratung für Kunden mit multiplen Vermittlungshemmnissen (Sozialcoaching)
- Fortsetzung der Teamentwicklung und Schulung der Kolleginnen und Kollegen (fachlich und methodisch)
- Mobilitätsförderung im flächengrößten Landkreis Bayerns zur Überwindung regionaler Standortnachteile
- Modifizierung des internen Haushaltsbewirtschaftungssystems
- ständige Überarbeitung des Förder- und Finanzierungskonzeptes an den aktuellen Stand im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung
- Teilnahme am ESF-Bundesprogramm zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit
- Weiterentwicklung im Bereich Leistungsgewährung sowie Stabilisierung der Verfahrensabläufe
- Weiterführung der guten Zusammenarbeit mit anderen bayerischen Optionskommunen, dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Spitzenverbänden
- Weiterführung von etablierten aktivierenden Maßnahmen
- Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Ansbach-Weißenburg und dem kreiseigenen Jugendamt im Rahmen der „Jugendberufsagentur“

#### **5.4 Staatliches Versicherungsamt**

##### Sozialversicherungswesen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Amtshilfe/Auskünfte	233	301	29,2 %
Kontenklärungen (Versorgungsausgleich)	16	17	6,3 %
Rentenanträge	16	13	-18,8 %
Versicherungen an Eides Statt	1	3	200,0 %
sonstige Anträge	93	128	37,6 %

## **5.5 Betreuungsstelle**

### Sozialversicherungswesen

#### Vollzug des Betreuungsbehördengesetzes (BtBG)

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anzahl der laufenden Betreuungen	2.469	2.453	-0,6 %
davon			
Behördenbetreuer	0,04 %	0,00 %	-100,0 %
Berufsbetreuer	28,84 %	29,51 %	2,3 %
ehrenamtliche Betreuer	61,52 %	65,63 %	6,7 %
Vereinsbetreuer	4,29 %	4,73 %	10,3 %
sonstige Betreuer	5,31 %	0,13 %	-97,6 %

#### Einzelfallbezogene Aufklärung und Beratung sowie Beglaubigungen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
allgemeine betreuungsrechtliche Beratung	789	859	8,9 %
Beglaubigungen	372	409	9,9 %

#### Unterstützung der Betreuungsgerichte

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Bestandsverfahren	259	285	10,0 %
Neuverfahren	415	395	-4,8 %
Unterbringungsverfahren	13	11	-15,4 %
Vorführung zur Anhörung/Begutachtung	0	1	- %
andere Verfahren	56	69	23,2 %

#### Beratung und Unterstützung von Betreuern und Bevollmächtigten

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Beratung und Unterstützung	288	253	-12,2 %
Einführungs- und Fortbildungsveranstaltungen	2	3	50,0 %
Vollzugshilfe FamFG	13	11	-15,4 %

## **5.6 Soziale Wohnraumförderung, Wohngeld**

### Wohnraumförderung

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
<b>Förderung nach dem Bayerischen Wohnungsbauprogramm</b>			
Vorhaben	72	98	36,1 %
Gesamtdarlehensbetrag	4.041.400,00 €	5.224.000,00€	29,3 %
Familien	73	98	34,2 %
Kinderzuschüsse insgesamt	300.000,00 €	685.000,00€	128,3 %
Kinderzuschuss pro Kind beträgt (Erhöhung ab Mai 2018)	2.500,00 €	5.000,00 €	100,00 %
Zweiterwerbszuschüsse, Ersatzneubauten, Konversionsflächen (neues Förderprogramm ab Juli 2018)			
Familien	-	33	- %
Zuschüsse insgesamt	-	651.400,00 €	- %
<b>Förderung nach dem Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm Doppelförderung</b>			
Vorhaben	49	75	53,1 %
Gesamtdarlehenssumme	3.670.600,00 €	6.092.600,00€	66,0 %
<b>Förderung nach dem Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm ohne Maßnahmen der Doppelförderung</b>			
Vorhaben	14	24	71,4 %
Gesamtdarlehenssumme	1.665.000,00 €	2.988.000,00€	79,5 %
<b>Förderung von Anpassung von Wohnraum an die Belange von Menschen mit Behinderungen</b>			
Vorhaben	36	33	-8,3 %
Zuschusssumme	157.000,00 €	158.900,00 €	1,2 %

### Wohnbindungsrecht (WoBindG)

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen	29	4	-86,2 %

## Wohngeld

	2017	2018	Veränderung
<b>Antragseingänge</b>			
Mietzuschuss	1.168	1.037	-11,2 %
Lastenzuschuss	106	74	-30,2 %
Gesamt	1.274	1.114	-12,6 %
<b>Aufwendungen</b>			
Mietzuschuss	690.959,00 €	683.133,00 €	-1,1 %
Lastenzuschuss	76.676,00 €	66.988,00 €	-12,6 %
Gesamt	767.635,00 €	750.121,00 €	-2,3 %
<b>Anzahl der Wohngeldzahlfälle</b>			
Mietzuschuss	630	588	-6,7 %
Lastenzuschuss	49	36	-26,5 %
Gesamt	679	624	-8,1 %
<b>Bescheide</b>			
Mietzuschuss	1.355	1.320	-2,6 %
Lastenzuschuss	119	92	-22,7 %
Gesamt	1.474	1.412	-4,2 %

## **5.7 Amt für Jugend und Familie**

### **a) Bündnis für Familie im Landkreis Ansbach**

Es fand ein Arbeitstreffen des PROJEKTEAMS FAMILIE am 1. März 2018 sowie eine Sitzung des PROJEKTEAMS FAMILIE am 17. Mai 2018 statt.

### Bayerische Ehrenamtskarte

Im Bündnisbüro wurden seit 2013 12.424 Anträge auf die Bayerische Ehrenamtskarte bearbeitet.

Ausgegeben wurden 7.085 blaue und 3.823 goldene Ehrenamtskarten. 1.516 Bürger beantragten bereits zum zweiten Mal die Bayerische Ehrenamtskarte.

Derzeit unterstützen 117 Akzeptanzpartner die Ehrenamtskarteninhaber durch Rabatte und Vergünstigungen.

Der 6. Ehrenamtsabend wurde am 19. Oktober 2018 in der Dreifachturnhalle der Realschule in Herrieden durchgeführt.

### Projekt „Haus der kleinen Forscher“

Das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ hat sich seit der Einführung im Jahr 2011 sehr gut in den Kitas und Horten im Landkreis Ansbach etabliert. 94 der insgesamt 112 Kindertageseinrichtungen (inkl. vier Krippen) nehmen regelmäßig an den „Workshops - Haus der kleinen Forscher“ teil.

Seit Frühjahr 2016 wird das Fortbildungsangebot auch für Grundschullehrkräfte angeboten. Mittlerweile nehmen 26 Grundschulen (von 51 im Landkreis Ansbach) mit großem Interesse an den „gemischten Workshops“, d.h. Erzieher/innen und Lehrkräfte werden zusammenschult, teil.

Fünf Workshops fanden im Frühjahr/Sommersemester 2018 mit insgesamt 47 Teilnehmern statt.



Im Herbst-/Wintersemester 2018 fanden drei Workshops statt, an welchen 25 pädagogische Fach- und Lehrkräfte teilnahmen.

Die Kindertagesstätte „Guter Hirte“ in Lehrberg wurde am 29. November 2018 im Rahmen eines Forschernachmittages zum „Haus der kleinen Forscher“ rezertifiziert.

### Familienpaten

Das Projekt „Familienpaten“ des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Ansbach, wurde weiter unterstützt. Insgesamt werden 15 Familien von 14 Paten betreut.

Derzeit betreuen in Windsbach acht Paten neun Familien. In Feuchtwangen unterstützen sechs Familienpaten sechs Familien.

### Ehrenamtsbörse

Ehrenamtlich engagierte Bürger können ihr Angebot in die Online-Ehrenamtsbörse eintragen bzw. Angebote einsehen.

### Ideenbörse

Ideenbörse für generationsübergreifende und interkulturelle Projekte im Landkreis Ansbach.

Die Ideenbörse wurde in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement, Bündnis für Familie, Kreisjugendring Ansbach und den Bildungsregionspartnern entwickelt.

Ziel der Ideenbörse ist es im Landkreis Ansbach vorhandene Projekte, Aktivitäten und Ideen, die mehrere Generationen umfassen und/oder unterschiedliche Kulturen vor Ort miteinander verbinden zu erfassen und für andere Interessierte verfügbar zu machen.

Beispiele für gute Ideen im Landkreis Ansbach:

- Arbeitskreis Demenz der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Ansbach Land e. V.
- Aufwertung eines Spielplatzes
- Auslandspraktikum Großbritannien
- Bürger helfen Bürger
- Bürgerbus
- Familienpaten
- Fest der Kulturen
- Fest der Vielfalt
- interkultureller Nachmittag
- internationales Kochen ab 12 Jahren
- Mehrgenerationenhaus Weidenbach
- monatliche Familienaktion
- Nachbarschaftshilfe für Schillingsfürst und Umgebung
- Netzwerk – Klassenzimmer im Grünen
- Neugestaltung eines Gemeindespielplatzes in Gebsattel
- Projekte für Familien in Langfurth
- Seniorennetzwerk „Club 55plus“
- Senioren Zeit schenken und Freude bringen
- Tauschnetz Heilsbronn
- Tauschring Feuchtwangen e.V.
- Veranstaltungen für Großeltern und Enkel
- Vergissmeinnicht – Nachbarschaftshilfeverein für hilfs- und pflegebedürftige Menschen e.V. mit Sitz in Feuchtwangen

### Seniorennetzwerk „Club 55plus“

Herr Altbürgermeister Schalk organisiert als Leiter des Seniorennetzwerks „Club 55plus“ Tanztees am Nachmittag, Ausflüge und Reisen.

Aktuelle Informationen werden auf der Homepage [www.familienLANDkreis.de](http://www.familienLANDkreis.de) veröffentlicht.

### Aktionslandkarte „Kinderbetreuung und mehr auf einen Blick“

Über 150 Standorte mit Kontaktdaten von Kinderbetreuungseinrichtungen im Landkreis und in der Stadt Ansbach wurden auf der Aktionslandkarte für einen schnellen Überblick erfasst. Auch die Krankenhäuser und Kliniken in Stadt und Landkreis sind unter [www.familienLANDkreis.de](http://www.familienLANDkreis.de) abzurufen (Initiative der Projektgruppe 1 „Arbeitswelt und Familie“).

In Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring wurde am 25. April 2018 in der Realschule Herrieden der Vortrag „Neue Medien - Gefahren im Netz“ von der Kriminalpolizei Ansbach angeboten.

„Wie neue Medien Bildung verändern“ wurde im 6. Dialogforum am 9. November 2018 in der Realschule Herrieden erörtert. An der Veranstaltung, welche für Erzieher/innen, Lehrkräfte, Jugendbeauftragte sowie interessierte Personen durchgeführt wurde, nahm das Bündnis für Familie ebenfalls teil.

### Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Spielmobilaktion präsentierte sich das Bündnis für Familie am 10. August 2018 in Weitingen und am 14. August 2018 in Gerolfingen. Am 12. April 2018 war das Bündnis für Familie in der Halle G der Verbrauchermesse „Kontakta“ vertreten und stellte das „Haus der kleinen Forscher“ mit der Trainerin Ute Kleyer mit Experimenten vor.

## **b) Jugendarbeit**

### Jugendkulturtage

Vom 17. Oktober bis 4. November 2018 fanden die 26. Jugendkulturtage im Landkreis Ansbach statt. Offiziell eröffnet wurde die langjährige Veranstaltungsreihe im Städtischen Jugendhaus Feuchtwangen durch Herrn Landrat Dr. Ludwig.

Es fanden in zwölf Gemeinden 19 Veranstaltungen und Aktionen statt, die von rund 1.200 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht wurden.

### Buchausstellung

Vom 8. Juni bis 29. Juli 2018 wurde in den Büchereien Feuchtwangen und Heilsbronn die Ausstellung „Magische Welten“, ein Bildungsprojekt zur Leseförderung für junge Menschen gezeigt.

### Spielmobil 2018

Das Spielmobil war mit 16 Einsätzen in acht Gemeinden des Landkreises jeweils für zwei Tage vor Ort. Durch Gemeindeallianzen konnten 16 Gemeinden erreicht werden. Über 600 Kinder nahmen 2018 am Spielmobil teil.

### Ferienprogrammatalog 2018

Für die gemeindlichen Ferienprogramme wurden von 33 Gemeinden 78 Veranstaltungsangebote der Kommunalen Jugendarbeit aus dem Ferienprogrammatalog 2018 gebucht. Rund 3.500 Kinder zwischen 4 und 14 Jahren nahmen an den attraktiven Angeboten teil.

### Geschlechtersensible Mädchen und Jungenarbeit

Über den Arbeitskreis geschlechtersensible Jugendarbeit wurde ein konstantes Netzwerk gegründet. Eine Projektidee für 2019 wurde entwickelt.

In Kooperation mit der Gleichstellungsstelle wurde als generationsübergreifendes Projekt anlässlich des internationalen Frauentages das theaterpädagogische Stück „Malala“ des Theaters Ansbach im Gymnasium Windsbach für die Öffentlichkeit aufgeführt.

### Präventionsarbeit

In Gymnasien, Realschulen, Mittel- und Hauptschulen wurden 15 Selbstbehauptungskurse sowie vier Präventionstheater finanziell gefördert.

Auf dem Taubertalfestival in Rothenburg sowie dem Afrika-Karibik-Fest in Wassertrüdingen wurde Alkohol- und Drogenpräventionsarbeit geleistet.

In der Realschule in Ansbach wurden alle sechs 8. Klassen mit dem Nachfolgeprogramm des Revolution Trains beschult.

### **c) Kinderschutz**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Inobhutnahmen	40	38	-5,0 %

### **d) Fachdienst Familiengerichtshilfe**

Die Aufgaben des Fachdienstes umfassen die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung nach §§ 17 und 18 SGB VIII sowie die Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten nach § 50 SGB VIII.

#### Mitwirkung bei familiengerichtlichen Verfahren

<b>Verfahrensgegenstände</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Zahl der gerichtlichen Verfahren insgesamt	237	236	-0,4 %
Regelung der elterlichen Sorge inkl. Abänderungen der elterlichen Sorge	105	125	19,0 %
Regelung zur Ausgestaltung des persönlichen Umgangs (Umgangsrecht)	67	66	-1,5 %
Mitwirkung bei Verfahren im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes/Zuw. Ehewohnung	23	26	13,0 %
Ausgestaltung des gemeinsamen Sorgerechts	20	12	-40,0 %
Verfahren vor dem Oberlandesgericht	11	6	-45,5 %
Teilnahme bei gerichtlichen Anhörungsterminen	159	165	3,8 %
Anzahl der beratenen Familien (beinhaltet das gesamte Spektrum von längeren einmaligen telefonischen Beratungen sowie längerfristige intensive Beratungen mit mehreren persönlichen Gesprächen und Vermittlung)	444	430	-3,2 %
Anzahl der Beratungsangebote nach Mitteilung des Familiengerichtes	362	334	-7,7 %

## **e) Entwicklung der Fallzahlen in einzelnen Bereichen der Jugendhilfe**

### Heime und Vollzeitpflege

Die Jahresgesamtfallzahl der Heimunterbringungen konnte trotz Zuzugszahlen stabil gehalten werden.

#### Heimunterbringungen (zum Stichtag 31.12.)

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Hilfe zur Erziehung	26	24	-7,7 %
Eingliederungshilfe	21	22	4,8 %
Hilfe für junge Volljährige	14	15	7,1 %
Gesamt	61	61	0,0 %
Jahresgesamtfallzahl	83	90	8,4 %

Zusammenstellung der Zahlen der Kinder und Jugendlichen, welche in Heimen, Pflegefamilien sowie in heilpädagogischen Tagesstätten untergebracht sind:

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Heime	61	61	0,0 %
Vollzeitpflege	129	132	2,3 %
heilpädagogische Tagesstätte	34	29	-14,7 %

Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern:

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Heime	43	36	-16,3 %
Vollzeitpflege	8	3	-62,5 %
ambulante Hilfen	22	23	4,5 %
betreutes Wohnen	6	0	-100,0 %

### Ambulante Hilfen

Ambulante Erziehungshilfen des Amtes für Jugend und Familie werden frühzeitig genutzt. Ein frühzeitiger ambulanter Hilfeansatz bietet die Chance Heimerziehung zu vermeiden.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Erziehungsbeistandschaften (Stichtag 31.12.)	39	36	-7,7 %
Sozialpädagogische Familienhilfen (SpFH) Stichtag 31.12.			
betreute Familien	95	117	23,2 %
Anzahl der Kinder	196	249	27,0 %
Jahresgesamtfallzahl			
betreute Familien	147	180	22,4 %
Anzahl der Kinder	299	397	32,8 %

Massive Fallsteigerungen seit Jahren. Nach einem Plateau in den Jahren 2015 bis 2017 deutliche Fallzunahme mit weiter steigender Tendenz.

#### ambulante Eingliederungshilfen

	2017	2018	Veränderung
nach § 35a SGB VIII für seelisch behinderte Kinder			
Stichtag 31.12.	73	83	13,7 %
Jahresgesamtfallzahl	112	116	3,6 %
Schulbegleitungen – Fallzahl	26	25	-3,8 %

#### Kindergarten-/Hortbeiträge und Tagespflege

	2017	2018	Veränderung
Zahl der positiv beschiedenen Anträge auf Übernahme der Kindergarten-/Hortbeiträge	658	512	-22,2 %
Kinder in Tagespflege			
Stichtag 31.12.	82	70	-14,6 %
davon unter 3 Jahre alt	47	43	-8,5 %

#### Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (Stichtag 31.12.)

	2017	2018	Veränderung
laufende Fälle	1.000	1.020	2,0 %
Rückgriffsfälle	795	792	-0,4 %

#### Jugendgerichtshilfe

	2017	2018	Veränderung
Tatverdächtigungen	1.096	1.269	15,8 %
an Einsatzstellen vermittelte und überwachte Arbeitsauflagen	302	261	-13,6 %

#### **f) Beistandschaften, Pflegschaften, Vormundschaften und Beurkundungen**

	2017	2018	Veränderung
Beistandschaften			
Stichtag 31.12.	1.148	1.157	0,8 %
Jahresgesamtfallzahl	1.230	1.301	5,8 %
Vormundschaften und Pflegschaften			
Stichtag 31.12.	147	140	-4,8 %
Jahresgesamtfallzahl	210	183	-12,9 %
Verfahrenspfleger	17	17	0,0 %
Beurkundungen	647	655	1,2 %
schriftliche Beratungen nach § 18 SGB VIII: Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen	77	51	-33,8 %

## **5.8 Eltern-, Jugend- und Familienberatungsstelle**

Verglichen mit dem Vorjahr war die Nachfrage nach Unterstützung durch die Eltern-, Jugend- und Familienberatungsstelle im abgelaufenen Jahr unwesentlich geringer ausgeprägt.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anzahl betreute Familien, Elternpaare, Einzelpersonen	1.104	1.057	-4,3 %
davon neue Ratsuchende	706	685	-3,0 %

Diese Zahlen belegen erneut, dass der Bedarf an Unterstützung und Hilfestellungen für Familien in Erziehungsfragen weiterhin in hohem Maße besteht, und machen gleichzeitig die hohe Wertschätzung der Ratsuchenden für die Angebote der EB-Stelle deutlich.

### Gruppenangebote

Neben der umfangreichen Einzelfallarbeit mit Ratsuchenden wurde auch im vergangenen Jahr das Angebot (therapeutischer) Gruppenmaßnahmen als wichtiges Unterstützungsangebot für Familien fortgeführt.

Folgende Gruppenmaßnahmen wurden im Berichtsjahr zum Teil mehrmals durchgeführt:

- Achtsamkeitstraining für Kinder (3x)
- Achtsamkeitstraining mit „auffälligen“ Kindern einer Ansbacher Grundschule in schulischer Umgebung vor Ort
- Elternttraining „Kinder im Blick“ für Eltern, die in Trennung oder Scheidung leben, zur Verbesserung der Wahrnehmung der kindlichen Bedürfnisse in der Trennungssituation (3x)
- erlebnispädagogische Kindergruppe „Move“ (2x)
- Klettertag im Hochseilklettergarten mit einer Gruppe sich in Einzelberatung befindender Jugendlicher

### Öffentlichkeitsarbeit

Bewährte Kooperationen mit anderen Anbietern der psychosozialen Versorgung in der Region wurden im abgelaufenen Jahr erfolgreich weitergeführt.

Im Einzelnen handelte es sich dabei u.a. um folgende Projekte:

- Mitorganisation einer Veranstaltung mit dem Musiker, Journalisten und Buchautor André Stern mit dem Titel „Begeistert lernen – ein Leben lang. Zur Ökologie der Kindheit“ in der Mensa der städtischen Wirtschaftsschule Ansbach
- Mitorganisation und Durchführung eines Fachtages zum Thema „Wie können Kinder psychisch erkrankter Eltern gesund aufwachsen? Angebot und Bedarf in der Region“ in Verbindung mit der Ausstellung „Kindersprechstunde“
- Präsentation des preisgekrönten Bilderbuches „Papas Seele hat Schnupfen“ im Rahmen einer musikalischen Lesung der Autorin Claudia Gliemann in der Turnhalle der Luitpoldschule Ansbach
- Teilnahme an der Aktion „Raus aus der Gewaltspirale“ anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen durch die „Arbeitsgemeinschaft für ein gewaltfreies Miteinander“ zur Information der Öffentlichkeit über die relevanten Beratungsangebote in der Region
- Vortragsveranstaltung mit dem Thema „Kinder brauchen mehr als Liebe – Klarheit, Grenzen, Konsequenzen“ mit dem Sozialpädagogen und Buchautor Achim Schad in den Kammerspielen Ansbach
- zwei Veranstaltungen im Rahmen des Ferienkinos der EB-Stelle im Ansbacher Museumshof

Die Öffentlichkeit wird zudem regelmäßig über das Beratungsangebot der EB-Stelle informiert. Zu diesem Zweck präsentierte sich die Beratungsstelle beim Gesundheitstag im Jobcenter Ansbach.

### Prävention, Gremienarbeit

Mit dem Ziel, den präventiven Auftrag der Beratungsstelle wahrzunehmen, führten die Fachkräfte im vergangenen Jahr zahlreiche Abend- und Vortragsveranstaltungen zu Fragen über Erziehung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen durch.

Dabei handelte es sich u.a. um folgende Aktionen:

- Beteiligung am Präventionsprogramm „Verrückt- na und!“ zur Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen
- „Elterncafé auf Reisen“ in Kooperation mit der kommunalen Kinderschutzstelle (KoKi) des Landkreises
- mehrere Austauschtreffen mit Fachkräften kooperierender Einrichtungen
- Teilnahme an Gremiensitzungen und Arbeitskreisen (zu den Themen Trennung/Scheidung, Prävention, Sucht, Kinder psychisch kranker Eltern, Jugendhilfeplanung, Netzwerktreffen „Frühe Hilfen“, Bündnis für Familien u.a.)
- Vorträge zu erziehungsrelevanten Themen für Eltern von Kindergarten- und Schulkindern zur Unterstützung im Erziehungsalltag

## **6. Verkehr, Straße, Verkehrssicherheit**

### **6.1 Kfz-Zulassungsrecht**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Fahrzeugbestand zum 31.12.	195.978	200.377	2,2 %
Neuzulassungen	6.904	7.450	7,9 %
Umschreibungen von Gebrauchtfahrzeugen mit Halterwechsel	24.397	24.527	0,5 %
Umschreibungen ohne Halterwechsel	1.497	1.549	3,5 %
Außerbetriebsetzungen	23.614	23.915	1,3 %
Wiederzulassungen	2.488	2.515	1,1 %
Änderungen Halterdaten	2.278	2.437	7,0 %
Änderungen Fahrzeugtechnik	1.141	1.257	10,2 %
Kurzzeitkennzeichen	1.234	1.172	-5,0 %
Ausfuhrkennzeichen	652	595	-8,7 %

### **6.2 Fahrerlaubnisrecht**

#### **EU-Führerscheine/Fahrerlaubnisse**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Ausstellung von BF-17 Prüfungsbescheinigungen	1.286	1.222	-5,0 %
Umtausch und Erweiterung	30	24	-20,0 %
Ersterteilungen	2.309	2.234	-3,2 %
Umtausch	754	767	1,7 %
Ersatzverluste	438	444	1,4 %
Erweiterungen	1.195	1.402	17,3 %
Korrekturen	9	15	66,7 %
Neuausstellungen	306	355	16,0 %
ungültige Führerscheine	167	202	21,0 %
Umschreibungen	438	433	-1,1 %
Verlängerungen der Klasse CE, DE	953	1.096	15,0 %
Wiedererteilungen und Erweiterungen	1	2	100,0 %
Wiedererteilungen/Neuerteilungen	217	218	0,5 %
Fahrerlaubnisse gesamt	8.103	8.414	3,8 %
Entziehungen der Fahrerlaubnis <sup>*)</sup>	53	-	- %
Entziehungen der Fahrerlaubnis durch <sup>*)</sup>			
Entzug	-	86	- %
Verzicht	-	24	- %
gerichtlicher Entzug	-	92	- %



Ausnahmen vom Mindestalter			
Genehmigungen	134	173	29,1 %
Ablehnungen	64	40	-37,5 %
Probezeit			
Anordnungen zum Aufbau-seminar	141	102	-27,7 %
Teilnahme an einem ASF-Kurs	118	104	-11,9 %
Verwarnung 2. Delikt	23	8	-65,2 %

\*) Änderung der statistischen Datenerhebung

### Punktesystem

	2017	2018	Veränderung
Vormerkungen (1 bis 3 Punkte)	218	134	-38,5 %
Ermahnungen (4 und 5 Punkte)	224	74	-67,0 %
Verwarnungen (6 und 7 Punkte)	26	23	-11,5 %
Überprüfung ohne weitere Veranlassung	278	141	-49,3 %

### 6.3 Straßenverkehrsrecht

	2017	2018	Veränderung
verkehrsrechtliche Anordnungen für Baustellen	633	535	-15,5 %
Verlängerungen/ verkehrsrechtliche Anordnungen	177	203	14,7 %
Nachträge zu verkehrsrechtlichen Anordnungen	23	37	60,9 %
Erlaubnisse/verkehrsrechtliche Anordnungen für Veranstaltungen	201	207	3,0 %
Genehmigungen/ Ablehnungen Schwertransporte	518	534	3,1 %
Stellungnahmen zu Schwertransporten	3.368	2.967	-11,9 %
Ausnahmegenehm. vom Sonntagsfahrverbot	111	153	37,8 %
Ausnahmegenehm. zum Befahren der B 25 (zum 01. Juli 2018 aufgehoben)	2.245	788	-64,9 %
Werbeanlagen <sup>*)</sup>	-	16	- %
Fahrtenbücher <sup>*)</sup>	-	16	- %
Parkerleichterungen, Ausnahmen zum Befahren gesperrter Straßen <sup>*)</sup>	-	17	- %

<sup>\*)</sup> statistische Datenerhebung erfolgte ab 2018

#### **6.4 Kreis-, Gemeindestraßenbau**

Die Gesamtausgaben für die betriebliche Erhaltung und Instandhaltung des rd. 595 km großen Kreisstraßennetzes beliefen sich 2018 auf 5,9 Mio. EUR.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Kreisstraßenverwaltungsbereich Staatliches Bauamt	4.198.860 €	4.459.200 €	6,2 %
Kreisstraßenverwaltungsbereich Eigenverwaltung	1.433.516 €	1.469.600 €	2,5 %

Für den Unterhaltungsaufwand seiner Kreisstraßen erhielt der Landkreis Ansbach eine Zuweisung nach Art. 13b Abs. 1 Satz 1 des Finanzausgleichgesetzes. Aus den Erträgen der Kraftfahrzeugsteuer wurde für das Jahr 2018 eine Zuweisung als pauschaler Festbetrag in Höhe von 2,4 Mio. EUR ausbezahlt.

Im Rahmen seiner Kreisstraßenbauprogramme hat der Landkreis im Jahr 2018 insgesamt 5,6 Mio. EUR in Straßenbaumaßnahmen investiert. Aus dem rollierenden zweijährigen Deckenbauprogramm wurden acht Deckensanierungsprojekte baulich umgesetzt sowie an weiteren sieben Kreisstraßen eine durchgehende Oberflächenbehandlung durchgeführt. Zwei Vollausbauprojekte wurden aus dem Kreisstraßenneubauprogramm realisiert:

- AN 54 Königshofen a. d. Heide - Birkach
- AN 14 Gotzenmühle – Wattenbach

Die in 2018 durchgeführten Vollausbaumaßnahmen wurden vom Freistaat Bayern mit Fördermitteln nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) in Höhe von 2,1 Mio. EUR bezuschusst. Bei der Regierung von Mittelfranken wurde zum 1. September 2018 eine neue innerörtliche Straßenbaumaßnahme zur Bewilligung von Fördermitteln vorgelegt. Die bauliche Umsetzung soll im Jahr 2019 erfolgen.

An die Städte und Gemeinden wurden für 2.687 km Gemeindestraßen Straßenunterhaltungszuschüsse in Höhe von rd. 4,7 Mio. EUR ausbezahlt. Die Summe der Straßenunterhaltungspauschale hat sich gegenüber 2017 um 6,8 % erhöht.

#### **6.5 Öffentlicher Personennahverkehr**

Themenschwerpunkte im öffentlichen Personennahverkehr:

- Bearbeitung sämtlicher VGN-Belange (Tarifpflege, Abrechnungen, Fahrplanänderungen, Beratung von Gemeinden, Schulen, Bürgern, Erstellung des regionalen Nahverkehrsplanes)
- Durchführung von Verkehrsverbesserungsmaßnahmen
- Erstellung eines Haltestellenkatasters
- Erstellung des Nahverkehrsplanes
- Erteilung von Fahrplanauskünften
- S-Bahnverlängerung Ansbach – Dombühl: Umsetzung Linienbündel 2 zum Bahnhof Wiedersbach
- Untersuchung zur Reaktivierung der Romantische Schiene – Erstellung eines Buskonzeptes

Die Gesamtausgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs betragen 0,8 Mio. EUR (Vorjahr: 0,8 Mio. EUR).

## 7. Umwelt- und Naturschutz, Abfallwirtschaft, Wasserrecht

### 7.1 Umwelt- und Naturschutz

#### Immissionsschutz

	2017	2018	Veränderung
immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtige Anlagen gesamt	368	344 <sup>*)</sup>	-6,5 %
Betreiber im Landkreis Ansbach	256	260	1,6 %
Betriebe nach Störfall-Verordnung	19	20	5,3 %
Genehmigungen	26	25	-3,8 %
Vorbescheide/vorzeitiger Baubeginn	3	1	-66,7 %
Änderungsanzeigen	49	57	16,3 %
Stilllegungsanzeigen	1	1	0,0 %
Anzeigen nach der Störfall-Verordnung (Änderungen)	1	0	-100,0 %
Betriebsuntersagungen	1	1	0,0 %
Verfahrenseinstellungen	0	1	- %
Anordnungen	99	14	-85,9 %
laufende Genehmigungsverfahren	11	14	27,3 %
laufende Änderungsanzeigen	10	14	40,0 %
laufende Vorbescheids-Verfahren Windkraftanlagen	1	0	-100,0 %
Änderungsbescheide	4	5	25,0 %
öffentliche Bekanntmachungen	28	21	-25,0 %
Schlussabnahmen und Inspektionen nach Störfall-Verordnung	42	32	-23,8 %
Formaldehydbescheinigungen Biogasanlagen	94	112	19,1 %
immissionsschutzrechtliche Anlagenüberwachungen	28	35	25,0 %
Anwohnerbeschwerden	35	66	88,6 %
Rechtsbehelfe (Klageverfahren, Anträge nach § 80 Abs. 5 VwGO, Petitionen und Landtageingaben)			
abgeschlossene	5	10	100,0 %
laufende	2	3	50,0 %

<sup>\*)</sup> Auf Grund einer Änderung der Erfassungsmethodik durch das Landesamt für Umwelt ist die Gesamtzahl der immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtigen Anlagen statistisch niedriger als im Vorjahr. Während bei Windkraftanlagen in den Vorjahren Einzelanlagen getrennt erfasst wurden, gilt zukünftig ein Windpark aus mehreren Einzelanlagen als eine Anlage. Somit ergibt sich tatsächlich keine Verringerung der zu betreuenden immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtigen Anlagen. Effektiv hat sich die tatsächliche Anzahl um fünf Anlagen erhöht.

## Naturschutz und Landschaftspflege

### Programm nach den Landschaftspflege-Richtlinien

#### Zahlen der Landschaftspflege im Jahr 2018

	2017	2018	Veränderung
Anträge	133	121	-9,0 %
Kostenvolumen der Anträge	1.340.577,80 €	1.123.469,22 €	-16,2 %
Flächen digitalisiert	1.681	1.521	-9,5 %
ausbezahltes Kostenvolumen	904.820,46 €	666.834,99 €	-26,3 %
Förderung	663.023,50 €	492.018,17 €	-25,8 %

Die Aufstellung beinhaltet die Gesamtdaten vom Landschaftspflegeverband, Bund Naturschutz, Naturpark Frankenhöhe und Landkreis Ansbach. Die beantragten Maßnahmen werden teilweise erst im Folgejahr ausbezahlt.

#### Kreiszuschüsse aus dem Naturschutzfonds des Landkreises

Antragsteller	2017	2018	Veränderung
Bund Naturschutz – Kreisgruppe Ansbach			
Eigenanteil	-	139.553,10 €	- %
Zuschüsse	-	16.145,66 €	- %
Landschaftspflegeverband Mittelfranken e.V.			
Eigenanteil	8.983,99 €	-	-100,0 %
Zuschüsse	4.492,00 €	-	-100,0 %

#### Naturschutz

	2018
naturschutzrechtliche Einzelgenehmigungen für Kabel, Energieleitungen und –masten <sup>*)</sup>	83

<sup>\*)</sup>statistische Datenerhebung erfolgte ab 2018

#### Vorkaufsrecht

	2017	2018	Veränderung
Negativbescheinigungen	538	517	-3,9 %
Ausübung Vorkaufsrecht	-	2	- %

#### Artenschutz

	2017	2018	Veränderung
Abmeldungen für Tiere der besonders geschützten Art	240	270	12,5 %
Anmeldungen für Tiere der besonders geschützten Art	390	440	12,8 %
EG-Bescheinigungen	46	62	34,8 %

## Biber

	2017	2018	Veränderung
Ausnahmegenehmigungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erteilt gesamt	42	54	28,6 %
Genehmigungen nach AAV (Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung)	20	7	-65,0 %
tatsächliche Entnahmen			
Lebendfang	36	31	-13,9 %
Abschuss	24	33	37,5 %
Gesamt	60	64	6,7 %
gemeldete Totfunde	17	18	5,9 %
Dammbeseitigungen befristet	19	6	-68,4 %
Dammbeseitigungen unbefristet			
Bestand gesamt	304	314	3,3 %
davon neu erteilt	36	16	-55,6 %
anerkannte Biberschäden			
Einzelfälle	15	16	6,7 %
Gesamtsumme <sup>*)</sup>	6.613,41 €	7.540,64 €	14,0 %
durchgeführte und ausbezahlte Präventivmaßnahmen über Sofortmittel	17	9	-47,1 %
Gesamtsumme	5.092,95 €	3.240,35 €	-36,4 %

<sup>\*)</sup> endgültige Abrechnung noch nicht abgeschlossen

## Hornissen

	2017	2018	Veränderung
Ausnahmegenehmigungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG	3	27	800,0 %

## Ordnungswidrigkeitsverfahren/Strafverfahren

	2017	2018	Veränderung
laufende Verfahren	7	4	-42,9 %
abgeschlossene Verfahren	25	26	4,0 %

## Technischer Umweltschutz

### Fachbereich Immissionsschutz

Im Fachbereich Immissionsschutz wurden diverse Stellungnahmen, Besprechungen und Ortseinsichten im Rahmen von Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erstellt und durchgeführt.

Zu den Aufgaben zählten die Überprüfung von vorgelegten Lärmgutachten, Geruchsgutachten sowie der Emissionsmessberichte. Beschwerden wurden teilweise mit Ortseinsichten, Schallpegelberechnungen und Schallpegelmessungen geprüft.

Zum Vollzug der Lösemittelverordnung wurden Lösemittelbilanzen bzw. Reduzierungspläne von lösemittelverarbeitenden Betrieben geprüft. Die Beratung und Teilnahme an Besprechungen mit Antragstellern, Planfertigern, Gutachtern und Bürgermeistern im Rahmen der Baugenehmigungen, der Bauleitplanung und den Verfahren nach BImSchG war Aufgabe des Immissionsschutzes.

<b>Immissionsschutz</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Schlussabnahmen und Inspektionen nach Störfall-Verordnung	42	32	-23,8 %
Formaldehydbescheinigungen Biogasanlagen	94	112	19,1 %
immissionsschutzrechtliche Anlagenüberwachungen	28	35	25,0 %
Anwohnerbeschwerden	35	66	88,6 %
Stellungnahmen zur Bauleitplanung	117	114	-2,6 %
Stellungnahmen zu Bauanträgen			
Gewerbe	278	262	-5,8 %
Landwirtschaft	110	99	-10,0 %

### **Fachbereich Naturschutz – Untere Naturschutzbehörde**

Die Untere Naturschutzbehörde nimmt im Rahmen ihrer Aufgaben zu zahlreichen Vorhaben Stellung. Dabei werden die fachlichen Belange des Natur- und Artenschutzes sowie der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft im Rahmen naturschutzrechtlicher Verfahren und Trägerverfahren anderer Rechtsbereiche eingebracht. Zahlreiche Beratungsgespräche mit Bauherren, Landwirten, Planern und Kommunen sind dabei essentieller Bestandteil der Arbeit der Unteren Naturschutzbehörde. Im Rahmen des naturschutzfachlichen Vorkaufsrechts wurden zahlreiche Grundstücke geprüft.

<b>Naturschutzfachliche Stellungnahmen</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Bauleitplanung/Planfeststellungen Eingriffsregelung/Ökokonto	600	590	-1,7 %
Artenschutzrecht/Biber/Hornissen	200	220	10,0 %
Gehölzentfernung/Dauergrünlandumbruch/ Cross Compliance	70	100	42,9 %
Waldrecht	24	28	16,7 %
Immissionsschutz/Windkraft/Biogas/ Anlagen	67	91	35,8 %
Wasserrecht	19	35	84,2 %
Kabel- und Energieleitungen	83	77	-7,2 %
Förderanträge/Bayer. Naturschutzfonds	4	1	-75,0 %
Schutzgebiete (Gebiets- und Flächenschutz)	7	7	0,0 %
Straßen- und Radewegebau	19	7	-63,2 %
Flurbereinigung	10	15	50,0 %
Abfallrecht	7	3	-57,1 %
Verträglichkeitsprüfungen UVP/FFH/saP	116	120	3,4 %
Naturpark- und Landschaftspflegerichtlinie	113	94	-16,8 %
Veranstaltungen	5	4	-20,0 %

Beratung Gemeinden Gewässer 3. Ordnung	20	15	-25,0 %
allgemeines Naturschutzrecht	40	62	55,0 %
Regionalplanung/Raumordnungsverfahren	1	0	-100,0 %
Bergrecht	1	3	200,0 %

#### Landkreisbezogene Ersatzgeld-Projekte

Die Untere Naturschutzbehörde betreut derzeit fünf Projekte zur Umsetzung von Ersatzgeldern.

Hervorzuheben ist die Herstellung des ersten Artenschutzturmes in Zusammenarbeit mit der Stadt Herrieden.

#### Abwicklung staatlicher Förderprogramme der Unteren Naturschutzbehörde

Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) – Umsetzung im Landkreis Ansbach

Mit dem Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm (VNP Offenland und VNP Wald) werden im Landkreis Ansbach Maßnahmen mit einer jährlichen Auszahlungssumme von über 2 Mio. EUR gefördert. Daraus ergeben sich für den Förderzeitraum von 2018 bis 2022 gebundene Fördermittel für den Landkreis Ansbach in Höhe von ca. 10 Mio. EUR.

Im Jahr 2018 wurden ca. 300 Vereinbarungen im Vertragsnaturschutzprogramm Offenland und 76 Vereinbarungen im Vertragsnaturschutzprogramm Wald verlängert bzw. neu abgeschlossen.

#### Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie

Finanzierung: Fördermittel des Freistaates Bayern

Über die Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie werden die Neuanlage und die Pflege von Biotopen sowie Erholungseinrichtungen im Naturpark Frankenhöhe gefördert. In enger Zusammenarbeit mit dem Landschaftspflegeverband Mittelfranken werden Maßnahmen entwickelt. Die Antragstellung erfolgt in der Regel durch den Landschaftspflegeverband Mittelfranken. Die Untere Naturschutzbehörde prüft die Anträge und Verwendungsnachweise.

#### Tätigkeit der Fachberater für Gartenbau und Landschaftspflege

Der Aufgabenbereich beinhaltet in 2018 folgende Themenschwerpunkte:

- Beobachtung, eventuell Beseitigung und Meldung von Vorkommen der Beifuß-Ambrosie an die zuständigen staatlichen Stellen
- Beratung der Gartenbauvereine bei organisatorischen und satzungsrechtlichen Fragen
- Beratung von Gemeinden und Privatpersonen bei grüngestalterischen Aufgaben und Pflanzenschutzproblemen sowie Vermittlung bei Streitigkeiten, die das bayerische Nachbarschaftsrecht betreffen
- Beratung von Gemeinden und Privatpersonen zu anderen invasiven Neophyten wie Herkulesstaude, Japanischer Knöterich oder Springkraut
- Betreuung der Außenanlagen der kreiseigenen Liegenschaften:  
Grünpflege, Gehölzschnitt, Winterdienst, Festlegung und Beschaffung und Wartung der erforderlichen Gerätschaften
- Durchführung von ca. 30 Schnitt- und Veredlungskursen sowie Vorträge zu verschiedenen Themen bei Gartenbauvereinen
- Erstellung von Gutachten zur Standsicherheit und Gefahrenabschätzung von Bäumen für die Kommunen und Privatpersonen
- fachliche Koordination und Begleitung der Instandsetzung der Grünanlagen des jüdischen Friedhofs in Bechhofen

- Gartenschau „Natur in Wassertrüdingen 2019“:
  - o Aufstellung des Containers, in dem die Gartenbauvereine ihre Beiträge präsentieren
  - o Mitwirkung an einem gemeinschaftlichen Flyer mit Ausstellungsthemen des Bezirksverbandes (Triesdorf), des Gartenbauzentrums Mitte, des Imkerverbandes, der Landwirtschaft und des Forstwesens
  - o Planung des Lehrgartens des Kreisverbandes Ansbach
  - o zeitliche Koordination der Beiträge
- Gehölzwertschätzungen im Zuge von Baumaßnahmen
- Mithilfe bei der fachlichen Betreuung der Naturdenkmale des Landkreises Ansbach
- Organisation des „Tages der offenen Gartentür“ und fachliche Betreuung der teilnehmenden Gartenbesitzer
- Organisation des Wettbewerbes „Unser Dorf hat Zukunft“. Begleitung und Beratung der Marktgemeinde Colmberg mit dem Ortsteil Binzwangen auf Landesebene
- Verkehrssicherungspflicht:
  - o Beseitigung eventueller Gefahrenquellen mit Hilfe der Bauhofmitarbeiter
  - o zweimalige sicherheitsrelevante Überprüfung der Bäume und Gehölze an den kreiseigenen Liegenschaften und Kreisstraßen (Statik, Eichenprozessionsspinnerbefall, gefährliches Totholz, Giftpflanzen)
- Wahrnehmung der Geschäftsführung im Kreisverband Ansbach für Gartenbau und Landespflege

## **7.2 Abfallwirtschaft, Abfallrecht**

### **Abfallwirtschaft**

Im Jahr 2018 wurden im Zusammenhang mit der Abfallgebührenabrechnung 8.558 Vorgänge, betreffend die Abfallbehälter (Aufstellungen, Abzüge, Reparaturen und sonstige Änderungen), bearbeitet.

Bei allen drei Abfallarten hat sich im vergangenen Jahr der Behälterbestand erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr sind nun 1.166 Bioabfallbehälter, 528 Restabfallbehälter und 936 Papierbehälter mehr als 2017 aufgestellt.

Beim Restabfall konnten durch die Anschlusspflichtigen insgesamt 557.385 Leerungen (ca. 33 % der möglichen Gesamtleerungen) eingespart werden, wodurch ca. 2,1 Mio. EUR rückerstattet werden.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anzahl Bioabfallbehälter	45.080	46.246	2,6 %
Gesamtvolumen	3.735.360 l	3.837.120	2,7 %
Anzahl Papierbehälter	55.860	56.796	1,7 %
Gesamtvolumen	14.512.360 l	14.821.280 l	2,1 %
Anzahl Restabfallbehälter	62.677	63.205	0,8 %
Gesamtvolumen	5.049.020 l	5.097.020 l	1,0 %
tatsächliche Einnahmen aus Abfallgebühren	10,3 Mio. €	9,7 Mio. €	-5,8 %
Leerungseinsparungen Restabfall	411.632	557.385	35,4 %
Rückerstattungen	1,6 Mio. €	2,1 Mio. €	31,3 %



### Behälteränderungsdienst

	2017	2018	Veränderung
aufgestellte Abfallbehälter	4.944	4.982	0,8 %
abgezogene Abfallbehälter	2.171	2.261	4,1 %
Reparaturaufträge und sonstige Aufträge	337	1.139	238,0 %
Anzahl Biofilterdeckel	349	176	-49,6 %

### Staatliches Abfallrecht

#### Deponien:

Zurzeit werden im Landkreis Ansbach 37 Inertabfalldeponien DK 0 durch Gemeinden und private Träger betrieben. Die Erteilung von Neugenehmigungen unterliegt aufgrund gesetzlicher Vorgaben zur Wiederverwertung von Inertabfällen seit in Kraft treten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Jahr 2012 sowie aufgrund von Änderungen der Deponieverordnung einer restriktiven Überprüfung. Im Jahr 2018 konnte eine Erweiterungsgenehmigung ausgesprochen werden.

#### Deponierecht (Inertabfalldeponien DK 0)

	2017	2018	Veränderung
DK 0 Deponien (Genehmigung, Gemeinden, priv. Träger)	37	37	0,0 %
Antrag auf Neuerrichtung/Erweiterung	0	1	- %

#### Bodenschutzrecht (Altdeponien bzw. ehemalige Hausmülldeponien)

	2017	2018	Veränderung
Bauschutt-(Alt)deponien (nicht umgerüstet)	19	19	0,0 %
Altdeponieuntersuchung (ehemalige Hausmülldeponien)	6	6	0,0 %

#### Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange

Der sich in den letzten Jahren abzeichnende Trend zur Errichtung von Biogasanlagen hat sich mit insgesamt 72 Stellungnahmen im abgelaufenen Jahr wieder verstärkt. Es wurden Neuanlagen errichtet und bestehende Anlagen erweitert. Dies steht nach hiesiger Einschätzung in Zusammenhang mit der Neufassung bzw. Änderung des Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Dabei wurde die sogenannte Flexibilitätsprämie (sog. "Flexprämie") für Betreiber von Biogasanlagen und Biomethananlagen eingeführt, die ihren Strom direkt vermarkten. Das Ziel der Flexibilitätsprämie ist es, den Anteil an der regelbaren ("an- und abschaltbaren", also flexiblen) Stromproduktion zu erhöhen, um möglichst dann viel Strom aus erneuerbaren Energien zu produzieren, wenn die Stromnachfrage hoch ist.

Die abfallrechtlichen Stellungnahmen stiegen ebenfalls an und es wurden über den Bereich der Biogasanlagen hinaus zu insgesamt 173 immissionsschutz- bzw. baurechtlich genehmigungs- oder anzeigepflichtigen Vorhaben wie Betriebserweiterungen, Neubau-, Heizanlagen, Abbruch- und Auffüllmaßnahmen etc. abgegeben.

	2017	2018	Veränderung
Biogasanlagen	31	72	132,3 %
sonstige Anlagen	173	218	26,0 %

Anzeigepflicht gemäß § 18 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) für gewerbliche/gemeinnützige Sammlungen (z.B. Altmetall, Alttextilien und Altpapier)

<b>Anzeigen § 18 KrWG von 2012 - 2018</b>	<b>gewerblich</b>	<b>gemeinnützig</b>
Eingegangene Anzeigen seit 2012 (ohne Rücknahmen)	20	26
ausgesprochene Untersagungen	0	0
noch nicht entschiedene Fälle	0	0

Anzeigen gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und Erlaubnisse gemäß § 54 KrWG für Sammler, Beförderer, Händler und Makler

Die Beseitigung/Entsorgung/Beförderung/Verwertung anfallender Abfälle hat ordnungsgemäß entsprechend den Bestimmungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG), insbesondere der §§ 47 ff. KrWG, sowie der dazu erlassenen untergesetzlichen Regelungen zu erfolgen.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anzeigen gemäß § 53 KrWG	4	14	250,0 %
Erlaubnisse gemäß § 54 KrWG	1	0	-100,0 %

Registerprüfungen (Überwachung der Abfallströme etc.) gemäß §§ 47 Abs. 2 und 49 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) i.V.m. Nachweisverordnung (NachwV) und Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) von Betrieben:

Nach den oben genannten Verordnungen haben die Betriebe dem Landratsamt regelmäßig Nachweise über durchgeführte Audittermine, Zertifikatsurkunden und Bestätigungen über die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen vorzulegen.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Registerprüfungen §§ 47 ff. KrWG	252	224	-11,1 %
Überwachung Eingang von Zertifikaten, Lehrgangsbescheinigungen etc.	40	39	-2,5 %

Klärschlammverordnung (AbfKlärV)

Die umweltpolitisch begrüßenswerte Tendenz bei der Klärschlammverwertung, weg von der Ausbringung auf landwirtschaftlichen Flächen und hin zu alternativen Verwertungswegen, wie beispielsweise die thermische Klärschlammverwertung, stagnierte im Jahr 2018. Der Hauptgrund dafür ist, dass aus anderen Landkreisen Klärschlamm angeliefert wurde.

<b>Klärschlammausbringung</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
t/TS Klärschlamm	707,06	811,68	14,8 %
Klärschlammmanmeldungen	316	333	5,4 %

Ordnungswidrigkeiten- und Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auch im Jahr 2018 wurden im Kreisgebiet wiederholt Zuwiderhandlungen gegen abfallrechtliche Bestimmungen festgestellt. Insbesondere handelt es sich dabei um illegale Abfallablagerungen die, sofern nicht als Straftat zu werten, in Abhängigkeit von Schwere und Umfang des Vergehens in insgesamt 104 Fällen mit Bußgeldern oder Verwarnungen belegt wurden. Dies entspricht einer Erhöhung um 2,0 % gegenüber dem Jahr 2017.

Seit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes besteht für Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen eine Anzeigepflicht bei der Durchführung von gewerblichen und gemeinnützigen Sammlungen i.S.d. § 18 KrWG. Außerdem muss die Beförderung von nicht

gefährlichen Abfällen gemäß § 53 KrWG angezeigt sowie am Transportfahrzeug sog. „A-Schilder“ angebracht werden (§ 55 KrWG). Verstöße dagegen können nach § 69 KrWG geahndet werden.

Für diese Zuwiderhandlungen wurden im Jahr 2018 insgesamt in sechs Fällen Bußgelder verhängt bzw. Verwarnungen ausgesprochen, insgesamt waren es folgende Maßnahmen:

Verstoß gegen	2017	2018	Veränderung
§ 28 KrWG - illegale Ablagerungen	102	104	2,0 %
§ 18 KrWG - fehlende Sammlungsanzeige	4	2	-50,0 %
§§ 53, 55 KrWG - fehlende Beförderungsanzeige/A-Schilder	3	4	33,3 %

Soweit erforderlich war vom Landratsamt Ansbach darüber hinaus in Abstimmung mit betroffenen Städten und Gemeinden, Polizeidienststellen oder Fachbehörden die ordnungsgemäße Entsorgung widerrechtlicher Abfallablagerungen zu veranlassen. Dazu wurden im Verwaltungsverfahren in insgesamt 278 Fällen überwiegend Anhörungen und Beseitigungsaufforderungen an die Betroffenen gerichtet.

### **7.3 Wasserwirtschaft, Wasserrecht**

Im Jahr 2018 wirkte sich die lang anhaltende Trockenheit im Sommer auf die Tätigkeiten der Wasserrechtsbehörde aus. Die Anzahl der beantragten Brauchwasserbrunnen stieg ebenso an, wie Anfragen über die Zulässigkeit von Wasserentnahmen aus den öffentlichen Gewässern. Weiterhin konnten zwei Wasserschutzgebietsverfahren mit dem Erlass der jeweiligen Verordnung für die Wasserversorgung der Stadtwerke Feuchtwangen abgeschlossen werden.

Darüber hinaus waren für die verschiedensten wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Bauvorhaben ein wasserrechtliches Verfahren bzw. eine Beteiligung der Wasserrechtsbehörde (im Rahmen von Bebauungsplanverfahren, Baugenehmigungsverfahren, Flurbereinigungsverfahren und Rodungsverfahren) erforderlich.

Wasserrechtliche Verfahren waren insbesondere bei Wasserversorgungsanlagen (Brunnen, Quellen) und bei kommunalen Kläranlagenbauten und -umbauten durchzuführen.

#### **Wasserversorgung – Bewilligungen und gehobene Erlaubnis**

	2017	2018	Veränderung
Erlaubnisverfahren Grundwasserentnahme für die öffentliche Wasserversorgung			
neu	2	0	-100,0 %
laufend	3	2	-33,3 %
abgeschlossen	1	3	200,0 %
eingeleitete Erlaubnisverfahren (Wasserentnahme, Brunnenerrichtungen etc.)	83	96	15,7 %
davon beschränkte wasserrechtl. Erlaubnis erteilt	44	49	11,4 %
Bohranzeigeverfahren (Einzelhausbrunnen für Trink- und/oder Brauchwasserbrunnen, Aufschlussbohrungen)	82	98	19,5 %
Baugenehmigungsverfahren mit Wasserversorgung durch eigenen Brunnen	30	22	-26,7 %

### Wasserschutzgebiete/Verfahren

	2017	2018	Veränderung
neue Verfahren	0	0	0,0 %
laufende Verfahren	8	6	-25,0 %
festgesetzte Schutzgebiete	1	2	100,0 %
Ausnahmegenehmigungen von der Wasserschutzgebiets-VO	12	11	-8,3 %

### Beteiligung an anderen Verwaltungsverfahren

In 78 Baugenehmigungsverfahren (2017: 81) waren Stellungnahmen bezüglich wasserschutzgebietsbedingter Auflagen abzugeben. Die Anzahl der Verfahren blieb im Vergleich zum letzten Jahr aufgrund der zahlreichen Bautätigkeiten konstant hoch. In vielen weiteren Verfahren war eine Prüfung erforderlich, eine schriftliche Festsetzung von Auflagen allerdings entbehrlich.

### Gewässerausbau

Die Plangenehmigungen zur Umgestaltung von Gewässern für die Landesgartenschau Wassertrüdingen konnten bereits im Vorjahr erteilt werden. In einem Fall ist immer noch ein Gerichtsverfahren anhängig. In diesem Jahr standen überwiegend Fischteichanlagen sowie Grabenverrohrungen im Vordergrund.

In sechs Verfahren konnten die entsprechenden Plangenehmigungen für den Gewässerausbau erteilt werden (2017: 12 Verfahren).

Für etliche Verfahren war in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt zu prüfen, ob das Vorhaben überhaupt einer Genehmigungspflicht unterliegt. Hier konnte in einigen Fällen entschieden werden, dass ein Plangenehmigungsverfahren nicht erforderlich war.

In zahlreichen Fällen musste auf den ordnungsgemäßen Betrieb bzw. Unterhalt von bestehenden Fischteichanlagen bzw. den öffentlichen Gewässern hingewirkt werden. Vereinzelt war hierfür auch ein erhöhter zeitlicher Aufwand (u.a. Recherche, Ortstermine, Besprechungen) zu betreiben.

### Wärmepumpenanlagen

	2017	2018	Veränderung
Erdwärmesonden	2	4	100,0 %
oberflächennahe horizontal verlegte Erdwärmekollektoren	13	6	-53,8 %
Wasser-Wasser- und Luft-Wasser-Wärmepumpen	6	4	-33,3 %

### Abwasserentsorgung

	2017	2018	Veränderung
gehobene Erlaubnisse (Neuerteilungen, Verlängerungen, Änderungen)	82	75	-8,5 %
beschränkte Erlaubnisse	30	49	63,3 %
Genehmigung für die Einleitung von wassergefährdenden Stoffen in den öffentlichen Kanal	5	4	-20,0 %
Genehmigungen Anlagen an Gewässern	17	15	-11,8 %

## Biogasanlagen

Die Biogasanlagen unterliegen einer gesetzlich vorgeschriebenen wiederkehrenden fünfjährigen Kontrolle bzgl. der Dichtheit von Behältern und Rohrleitungen. Die Betreiber werden fristgerecht angeschrieben, um ihrer Pflicht zur Vorlage des Sachverständigengutachtens nachzukommen. Im Falle von Mängeln wurden bei den Betreibern in angemessener Frist auf die Behebung der Mängel hingewirkt.

	2017	2018	Veränderung
betriebene Biogasanlagen	174	177	1,7 %
durchgeführte wiederkehrende Prüfung <sup>*)</sup>	-	21	- %
davon			
ohne Mängel	-	8	- %
geringfügige Mängel	-	11	- %
erhebliche Mängel	-	2	- %

<sup>\*)</sup> statistische Datenerhebung erfolgte ab 2018

## Errichtung von Kleinkläranlagen

Im Bereich „Errichtung von Kleinkläranlagen“ wurden aufgrund einer jährlichen Datenbankbereinigung insgesamt 937 Datensätze im Kleinkläranlagenportal des LfU erfasst; davon 23 dauerhaft abflusslose Gruben und 86 Wochenendhäuser (Duldung). Aktuell wurden 738 Kleinkläranlagen mit Dauerlösung (mit Biologie) registriert, davon wurden 736 errichtet und von privaten Sachverständigen abgenommen. Für Kleinkläranlagen sind Funktionstüchtigkeitsbescheinigungen im zwei- bzw. vierjährigen Rhythmus der Kreisverwaltungsbehörde vorzulegen. Die Kleinkläranlagenbetreiber werden fristgerecht hingewiesen, ihrer Pflicht zur Vorlage o.g. Bescheinigung nachzukommen. Bei 90 % der vorgelegten Funktionstüchtigkeitsbescheinigungen wurde kein Mangel festgestellt.

## Überschwemmungsgebiete:

Im Jahre 2018 waren keine Festsetzungsverfahren für Überschwemmungsgebiete durchzuführen. Hauptaugenmerk lag auf der Durchführung der neuen Regelungen des sog. Hochwasserschutzgesetzes II. Hier ergaben sich insbesondere Neuerungen für die Nutzer von Heizölverbraucheranlagen in Überschwemmungsgebieten, welche hochwasserangepasst nachzurüsten sind. In einer Vielzahl von Fällen wurden Betreiber über die neue Gesetzeslage informiert.

Es wurden mehrere selbständige Ausnahmegenehmigungen im Überschwemmungsgebiet erteilt:

2017	2018	Veränderung
10	12	20,0 %

Zum Teil konnten die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erteilt werden.

2017	2018	Veränderung
11	25	127,3 %

### Abwasserabgabe:

Es wurde die Abwasserabgabe für 178 Großeinleitungen, 223 Niederschlagwassereinleitungen und 58 Kleineinleitungen angepasst bzw. nachberechnet.

### Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

	2017	2018	Veränderung
Fälle	35	44	25,7 %
davon			
abgeschlossen	13	22	69,2 %
laufend	22	22	0,0 %

Die Sachbearbeitung im Bereich Umgang mit wassergefährdenden Stoffen war auch im Jahr 2018 weiterhin maßgeblich geprägt von aktuellen Entwicklungen und vielfach noch offenen Vollzugsfragen rund um die am 1. August 2017 in Kraft getretene Bundes-Anlagenverordnung (AwSV).

### Anlagen nach der Anlagenverordnung (Heizölanlagen und Tankstellen etc.)

	2017	2018	Veränderung
betriebene Anlagen	2.102	2.167	3,1 %
davon			
Eigenverbrauchstankstellen	87	96	10,3 %
öffentliche Tankstellen	53	53	0,0 %
Heizöltanks	1.429	1.447	1,3 %
davon			
Heizöltanks in Wasserschutzgebieten	500	519	3,8 %
stillgelegte Anlagen	177	217	22,6 %
vorübergehend stillgelegte Anlagen	6	6	0,0 %

### Straßenentwässerung

	2017	2018	Veränderung
Verfahren	4	5	25,0 %
davon			
laufend	4	3	-25,0 %
genehmigt	0	2	- %

### Altlasten/Boden- und Gewässerschutz

Im Wesentlichen wurden in den Teilbereichen Altlasten/Bodenschutz sowie Rüstungsaltlasten die überwiegend sehr umfangreichen und langwierigen Erkundungs-, Sanierungs- und Überwachungsfälle laufend betreut und neu angefallene Vorgänge in diese Bearbeitung aufgenommen.

Nach einem deutlichen Anstieg der Gesamtzahl der Jahresvorgänge von 2015 bis 2017, war nun wieder eine gewisse Normalisierung zu verzeichnen, da 2018 vergleichsweise wenige neue Vorgänge hinzugekommen sind. In diesem Tätigkeitsbereich sind derzeit vier Gerichtsverfahren anhängig.

Daneben wurden die neuen und laufenden Vorgänge im Altlasten-, Bodenschutz und Deponeinformationssystem (ABuDIS) bzw. im Altlastenkataster regelmäßig gepflegt. Auf Antrag wurden aus diesen Registern außerdem schriftliche Auskünfte erteilt.

	2017	2018	Veränderung
Anzahl der Auskünfte	51	49	-3,9 %

Die Vorgänge unter „zur Aufarbeitung“ sind Altfälle, bei denen früher keine weiteren Maßnahmen mehr veranlasst wurden. Diese werden sukzessive auf den aktuellen Stand gebracht. Das ab 2016 neue Register „Planung“ bezeichnet Vorgänge, die für eine zukünftige nähere Betrachtung vorgemerkt wurden:

	2017	2018	Veränderung
zur Aufarbeitung	5	4	- 20,0 %
Planung	4	5	25,0 %
laufend	60	46	-23,3 %
abgeschlossen	34	20	-41,2 %
Gesamt	103	75	-27,2 %

Zusätzlich werden in diesem Tätigkeitsbereich teilweise die Anzeigeverfahren für Grundwassermessstellen mit übernommen.

	2017	2018	Veränderung
laufend	8	11	37,5 %
abgeschlossen	7	7	0,0 %
Gesamt	15	18	20,0 %

### Fachkundige Stelle für Wasserwirtschaft

	2017	2018	Veränderung
Bauanträge, Anträge nach BImSchG (inkl. Anzeigen nach §15 BImSchG)			
Stellungnahmen zu Industrie, Gewerbe, Wohngebäuden und Anlagen in Wasserschutzgebieten	233	185	-20,6 %
Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Anlagen und Biogasanlagen	262	275	5,0 %
Stellungnahmen zu Anlagen an Gewässern III. Ordnung oder Überschwemmungsgebieten	89	57	-36,0 %
Technische Gewässeraufsicht			
Stellungnahmen zu Industrie, Gewerbe und sonstigen Anlagen	31	35	12,9 %
Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Anlagen und Biogasanlagen	28	45	60,7 %
Eingabe von Cross Compliance Verstößen	2	4	100,0 %
BImSchG-Anlagen			
Schlussabnahmen nach BImSchG, Begehungen nach Störfallverordnung	59	43	-27,1 %
Scoping-Termine	21	16	-23,8 %
Kleinkläranlagen, Wärmepumpen			
Plausibilitätsprüfungen von Gutachten zu Kleinkläranlagen	0	0	- %
Stellungnahmen zu Kleinkläranlagen	6	4	-33,3 %
Stellungnahmen zu Geothermie	10	4	-60,0 %



## **8. Baurecht**

### **Bauverwaltung**

Im Jahre 2018 wurden im Bauamt 1.866 Bauanträge registriert (2017: 1.702). Die Veränderungen in den einzelnen Bereichen sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

Die aufgrund der letzten großen Bauordnungsnovelle gestärkte Selbstverantwortung der Bauherren, Planer und Statiker führte auch in 2018 zu einem unverhältnismäßig hohen Beratungsbedarf sowie zu erhöhten Nachforderungen von fehlenden Nachweisen und Bauvorlagen, insbesondere auch nach Fertigstellung der Bauvorhaben (technische Nachweise).

Im Jahr 2018 wurden 30 Baugenehmigungen (2017: 30) mit einer Investitionssumme größer 1 Mio. EUR erteilt. Das Gesamtinvestitionsvolumen dieser Bauvorhaben beträgt 66,5 Mio EUR (2017: 82,3 Mio. EUR).

### **Anzahl der Bauvorhaben**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Wohnbauvorhaben	654	729	11,5 %
Garagen	105	128	21,9 %
Freistellungen, isolierte Befreiungen	263	312	18,6 %
Landwirtschaft	178	195	9,6 %
Gewerbe, Industrie	173	192	11,0 %
kommunale und kirchliche Vorhaben	46	58	26,1 %
Sporteinrichtungen	5	2	-60,0 %
sonstige Sporteinrichtungen	0	2	- %
Denkmalschutz, Abbrüche, Sonstige	278	248	-10,8 %
<b>Gesamt</b>	<b>1.702</b>	<b>1.866</b>	<b>9,6 %</b>

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Ordnungswidrigkeitenverfahren	73	80	9,6 %
davon			
eingestellt	4	4	0,0 %
erlassene Bußgelbescheide	26	36	38,5 %
noch nicht abgeschlossen	43	40	-7,0 %
aus früheren Jahren eingeleitete, erlassene Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitenverfahren	31	33	6,5 %
bearbeitete Einsprüche	6	14	133,3 %
Klageverfahren	39	30	-23,1 %
Klagen gegen emissionsschutzrechtliche Genehmigungen	0	0	- %
Stellungnahmen zu Verfahren beim BayVGH	0	1	- %

### Beteiligung des Landratsamt Ansbach als Träger öffentlicher Belange

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Flächennutzungsplanverfahren	52	40	-23,1 %
Bebauungsplanverfahren	58	61	5,2 %
Vorhaben- und Erschließungspläne	37	26	-29,7 %
Ortsabrundungssatzung	0	0	- %
Landschaftspläne	6	8	33,3 %

### Genehmigungsverfahren Flächennutzungspläne bzw. deren Änderungen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Flächennutzungsplanverfahren	13	19	46,2 %
davon genehmigt	12	18	50,0 %
Bebauungsplanverfahren	37	42	13,5 %

### Vollzug sozialer Wohnungsbau

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Gespräche zur Förderfähigkeit	159	165	3,8 %
baufachliche Prüfung bzw. technische Bearbeitung	89	85	-4,5 %

### Vollzug des Denkmalschutzgesetzes

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anträge auf denkmalrechtliche Erlaubnisse und Anfragen	115	98	-14,8 %
davon abgelehnt	3	7	133,3 %
zurückgenommen	0	0	- %
Einzelberatungen als Ortstermin	89	82	-7,9 %
in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalschutz			
Ortseinsichten	137	123	-10,2 %
Beratungstage	22	26	18,2 %

weitere Daten

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Verkehrswertermittlungen			
davon			
amtliche Gutachten	10	10	0,0 %
Gutachten im Rahmen der Amtshilfe	9	10	11,1 %
Förderung des Erwerbs von vorhandenem Wohnraum	82	113	37,8 %
Rohbau-, Schluss-, und Nachkontrollen, Schnurgerüstabnahmen, Baukontrollen, Abnahme fliegender Bauten, Gaststätten und sozialer Wohnungsbau	ca. 900	ca. 900	0,0 %
Abgeschlossenheitsbescheinigungen	37	51	37,8 %
Pfandfreigaben	27	24	-11,1 %
Vollzug des Flurbereinigungsgesetzes	14	9	-35,7 %

## **9. Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung**

### **Wirtschaftsförderung**

Auch im Jahr 2018 war das Interesse an Investitionen in fast allen Branchen des Landkreises stark.

Prominente Beispiele sind die Firmen:

- ASED0, Dombühl
- CETPM, Herrieden
- Fa. acad-group GmbH, Heilsbronn
- Fa. Eberhardt, Lichtenau
- Fa. GHD Präzisions- Formenbau Rügland (Neuansiedlung)
- Fa. Merck, Schnelldorf
- Fa. Pole Optik, Schnelldorf (Neuansiedlung in früherer Hoffmann- Immobilie)
- Fa. Zahn Pinsel, Bechhofen
- Heuschkel & Barnickel, Windsbach (Neuansiedlung)
- Layer Manufactory, Feuchtwangen
- Polyden Folienfabrik GmbH, Heilsbronn
- RUSI/HCP, Bechhofen
- Tankstelle Lichtenau (Neuansiedlung)
- Teknor Apex Company (früher PTS), Rothenburg o.d.T.

Auch Gastronomie/Hotellerie, Handwerk und Dienstleister haben stark investiert.

Die Investitionen wurden durch niedrige Zinsen, häufig Förderprogramme und eine ausgewogene Bereitschaft der Kreditinstitute zur Finanzierung sowie in vielen Fällen vorhandene Eigenmittel begünstigt.

Die Wirtschaftsförderung hat u.a. folgende Veranstaltungen organisiert:

- Digitalisierung in der Praxis (mit Kreisverband der VR-Banken)
- Gemeinsamer Messestand auf Internationaler Kunststoffmesse FAKUMA, Friedrichshafen
- Sommerempfang für Unternehmer, Golfclub Lichtenau
- Unternehmer-Forum, Bayerische BauAkademie Feuchtwangen

Besichtigt wurden zusammen mit dem Landrat:

- Fa. Bayer & Co., Wörnitz
- Fa. BBT, Weihenzell
- Fa. Büttner Agrar- und Gewächshaustechnik, Lentersheim
- Fa. EKSTRA Möbel Werkstätten, Halsbach
- Fa. Engelhardt Baumaschinen, Schopfloch
- Fa. GIMA Wärmedämm-Verbundsysteme GmbH & Co., Neunstetten
- Fa. Holzbau Ehret GmbH, Bruckberg
- Fa. Jeremias, Wassertrüdingen
- Fa. Kennametal GmbH & Co. KG, Lichtenau
- Fa. Sielaff, Herrieden

### Vorträge/Messeteilnahmen

- Fisch und Wildtage, Feuchtwangen
- Kreisheimatpflegertreffen
- Treffen der Bayerischen Wirtschaftsförderer
- Veranstaltung Innenentwicklung, Neuendettelsau
- Wirtschaftsmesse Ilshofen

### Herausgabe des Landkreismagazins

Ausgaben Frühjahr und Herbst 2018

### Kreisentwicklung/ Infrastruktur

- Bearbeitung Antrag zum Wohnungsmarkt Landkreis Ansbach
- Erfassung historischer Kulturlandschaften
- Eröffnung Media Lab in Ansbach
- Gewerbegebiet Burgoberbach östlich der B 13
- Gustav- Weißkopf- Museum, Leutershausen
- InterFranken: Grundlagenermittlung für eventuelle Aufstellung eines Bebauungsplans
- Limeseum/Limes
- Neugestaltung Internetseite [www.kunststoffcluster.de](http://www.kunststoffcluster.de)
- Planung eines digitalen Gründerzentrums mit Gründernetzwerk in Ansbach/Westmittelfranken
- Zusammenarbeit mit lokalen Aktionsgruppen (LAGs) und Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEK)

### Regionalmanagement

- Landkreishalle Kontakta 2018
- MINT-Region
- Regionale Internetseiten „frankensein.de“ und „frankenteens.de“
- Regionalprodukte Kartoffel und Leindotteröl
- Veranstaltungsreihe zur „Innenentwicklung“
- Vorbereitung gemeinsamer Auftritt auf Gartenschau in Wassertrüdingen mit über 100 beteiligten Akteuren

### Bildungsregion/Bildungskoordination für Neuzugewanderte

- 6. Dialogforum „Digitalisierung“
- Ausbilderforum
- Bewilligung der Verlängerung des Förderprogramms „Bildungskoordination für Neuzugewanderte“
- Grundschülerlebnistage
- Reihe „Regional studieren“

### Gutachterausschuss, Grundstückverkehrsgesetz

ca. 2.550 Verträge zu Grundstücksverkäufen, davon ca. 800 Fälle nach Grundstücksverkehrsgesetz

### **Fischwirtschaftsgebiet Karpfenland Romantisches Franken**

positive Förderentscheide für

- Aussichtspavillon Gartenschau, Wassertrüdingen
- Erlebnispark „Natur & Teil“ in Dombühl

### **Unabhängiger Ansprechpartner für Energiefragen am Landratsamt Ansbach**

- 82 Beratungen im Bereich erneuerbare Energien (Gebäudesanierung, Wärmepumpen, Energiesparmaßnahmen etc.)
- Mitglied im Beirat des Biomasse-Instituts Triesdorf/Ansbach

### **Auswahl Strukturdaten 2018**

- 61.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- 5,3 Mrd. EUR Bruttoinlandsprodukt
- 829 fertiggestellte Wohnungen (2017)
- 1,2 Mio. Gästeübernachtungen (2017)
- Gewerbesteueraufkommen: 81,6 Mio. EUR (2017)
- Kaufkraft-Index 95,8
- Steuereinnahmen der Gemeinden: 190,8 Mio. EUR (2017)

## **10. Gleichstellung**

Themenschwerpunkte 2018 waren:

- Beratungsgespräche mit Frauen und Männern aus dem Landkreis und dem Landratsamt
- Informationsstand zum Equal Pay Day am 16. März 2018 in Windsbach
- Mitarbeit in der Projektgruppe Gesundheit und Pflege
- Mitarbeit und mehrere Treffen der Arbeitsgruppe der mittelfränkischen Gleichstellungsbeauftragten sowie Fortbildung „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“
- Mitarbeit und mehrere Treffen des Arbeitskreises Geschlechtersensible Jugendarbeit zum ersten gemeinsamen Projekt (Helden) sowie Netzwerktreffen in Nürnberg
- Organisation und Durchführung des Theaterstücks „Malala“ des Theaters Ansbach zum Internationalen Frauentag für Groß-(Mütter) und Töchter am 8. März 2018 im Gymnasium Windsbach in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Jugendarbeit
- Organisation, Vorbereitung und Infostand zum „Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 24. November 2018 unter dem Motto „Raus aus der Gewaltspirale“
- Planung und erste Vorbereitungen zum Poetry Slam anlässlich des Internationalen Frauentages für Groß-(Mütter) und Töchter am 20. März 2019 in Herrieden in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Jugendarbeit
- Planung und Organisation der Kinderbetreuung am Buß- und Bettag 2018 für die Kinder und Enkelkinder der Beschäftigten des Landratsamtes
- Planung und Organisation zum ersten „One Billion Rising“ (Tanz gegen Gewalt) am 15. Februar 2019
- Planung, Organisation und Durchführung der Halle G – Gesundheit und Soziales – für die teilnehmenden gemeinnützigen und sozialen Vereine und Verbände sowie der teilnehmenden Sachgebiete des Landratsamtes bei der Kontakta vom 11. bis 15. April 2018 sowie Mitorganisation der Regionalhalle „Heimat erleben“
- Vorbereitung und Organisation der Kinderbetreuung der Beschäftigten des Landratsamtes und weiterer Behörden in den Oster- und Sommerferien 2018 in den Räumen der Realschule Ansbach
- mehrere Treffen der Arbeitsgruppe Runder Tisch für ein gewaltfreies Miteinander (AGfgM)
- Planung und Organisation des Girls'Day und Boys'Day im Landkreis Ansbach sowie Besuche am Aktionstag (26. April 2018) bei der HEIBI-Metall Birmann GmbH Schopfloch, der Schellenberger Bürstenfabrik GmbH Bechhofen und dem Evangelischen Kindergarten Sandweg in Feuchtwangen

## 11. Sicherheit und Ordnung

	2017	2018	Veränderung
Freiwillige Feuerwehren	314	312	-0,6 %
aktive Feuerwehrdienstleistende	10.789	10.797	0,1 %
davon Frauen	1.014	1.066	5,1 %
Jugendgruppen	121	125	3,3 %
Feuerwehranwärter	1.096	1.106	0,9 %
davon Frauen	295	293	-0,7 %
Werkfeuerwehren	2	2	0,0 %
Mitglieder der Werkfeuerwehren	80	81	1,3 %

2018 wurden 18 Anträge (2017: 25) zur Förderung des Feuerwehrwesens nach den staatlichen Zuwendungsrichtlinien eingereicht und bearbeitet (16 Anträge für Fahrzeuge und Geräte, zwei Anträge für Gerätehäuser). Zudem wurden insgesamt 920.275,00 EUR für Maßnahmen ausgezahlt. Ein Antrag auf Kreiszuschuss wurde 2018 gestellt und insgesamt 249.145 EUR für zwei Maßnahmen ausgezahlt.

### Ausbildung

312 Anmeldungen zu den Feuerweherschulen Würzburg, Regensburg und Geretsried wurden 2018 bearbeitet und weitergegeben (2017: 247 Anmeldungen).

### Ehrungen

Für 25- oder 40-jährige Dienstzeit wurden 2018 128 Vorschlagslisten überprüft und Urkunden und Ehrenzeichen verteilt (153 in Gold, 168 in Silber). Im Vorjahr wurden 145 Vorschlagslisten überprüft und 178 Ehrenzeichen in Gold und 212 Ehrenzeichen in Silber verteilt.

### größere Schadensereignisse 2018

- 19.01.2018 Verkehrsunfall mit Reisebus auf der A7 bei Dinkelsbühl
- 02.03.2018 Scheunenbrand in Dentlein a.F.
- 21.04.2018 Scheunenbrand in Kaltenbronn, Feuchtwangen
- 26.04.2018 Scheunenbrand in Bockenfeld, Gebsattel
- 05.05.2018 Brand einer Industrieanlage bei Feuchtwangen
- 10.05.2018 Brand einer Schreinerei in Colmberg
- 29.05.2018 gemeldeter Brand in einem Hotel in Lehrberg
- 31.05.2018 Unwetter in Dietenhofen und Umgebung
- 07.06.2018 Gefahrstoffaustritt in einem Industriebetrieb in Feuchtwangen
- 11.06.2018 Unwetter in mehreren Städten und Gemeinden
- 16.06.2018 Scheunenbrand in Mühlbruck, Herrieden
- 02.11.2018 Scheunenbrand in Beyerberg, Ehingen
- 12.11.2018 Brand einer Bäckerei in Großhaslach, Petersaurach
- 13.11.2018 Brand landwirtschaftliches Anwesen Leuzenbronn, Rothenburg o.d.T
- 16.12.2018 Verkehrsunfall mit einem Reisebus auf der A6 bei Lichtenau



## Zivile Verteidigung, Zivilschutz und Katastrophenschutz

### Unterhaltung und Betrieb der bundeseigenen Katastrophenschutzfahrzeuge

	2017	2018	Veränderung
Erweiterung von Fahrerlaubnissen	-	2.177,52 €	- %
Wartung und Instandsetzung	6.046,79 €	10.901,66 €	80,3 %
Pauschalen und Standortebenen	4.348,00 €	4.348,00 €	0,0 %
Gesamt	10.394,79 €	17.427,18 €	67,7 %

Folgende Alarm- und Einsatzpläne wurden fortgeführt:

- Erfassungs- und Alarmierungsplanung ILS
- Feuerwehr-Alarmpläne
- Katastrophenschutz-Plan
- Sonderpläne für die Großveranstaltungen Summer Breeze, Taubertal-Festival und Afrika-Karibik-Festival

Die Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung wurde mit einem neuen Versorgungs-LKW ausgestattet. Das Fahrzeug dient zum Material- und Personaltransport und ersetzte ein knapp 30 Jahre altes Fahrzeug.

### Technisch Taktische Betriebsstelle

- Anfang 2018 wurden die Stellenanteile der 1,5 Stellen der TTB beim ZRF Ansbach neu auf die drei Gebietskörperschaften verteilt (0,7 Stellen beim Landratsamt Ansbach). Die bisherigen Strukturen wurden beibehalten.
- Anforderung von TBZ-Gruppen in enger Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium (z.B. für „Summer Breeze“ bzw. „Taubertal-Festival“)
- Anpassung der Geräteprogrammierung im Einzelfall
- Durchführung und Überwachung von Reparaturaufträgen
- Erfassung und Fortschreibung der Gerätedaten in ELDIS in der ILS (in enger Zusammenarbeit mit der ILS)
- Erfassung und Inbetriebnahme nachbeschaffter Endgeräte
- Oktober bis Dezember 2018: Vorbereitung eines Softwareupdates für ca. 2.400 Fahrzeugfunkgeräte (MRT) inkl. Bedienteil und Bedienhandapparat, Handfunkgeräte (HRT) und Festfunkgeräte (FRT)
- Sonderfälle in Zusammenarbeit mit der AS-BY bearbeitet (z.B. Messaktivitäten NA37 – Langzeitmessung in Dombühl)
- Unterstützung der Feuerwehren bei der Antragsstellung für FRT
- Vergabe von Sondergruppen für Sonderlagen bzw. Übungen

## Allgemeines Sicherheitsrecht

	2017	2018	Veränderung
Ordnungswidrigkeitenverfahren nach OWiG, Versammlungsgesetz, Feiertagsgesetz, LStVG und VVB	68	59	-13,2 %
Erlaubnisverfahren nach dem Landesstraf- und Verordnungsgesetz für motorsportliche Veranstaltungen	4	4	0,0 %
Anmeldeverfahren für Manöver und Übungen der Bundeswehr- und Stationierungstreitkräfte	7	3	-57,1 %
Auflagenbescheide und Anmeldebestätigungen für Veranstaltungen nach dem Versammlungsgesetz (Demonstrationen, Lichterketten, politische Kundgebungen)	18	13	-27,8 %
Kehrbezirksüberprüfung mit Überprüfung der Geschäftsunterlagen	4	2	-50,0 %
Festsetzung rückständiger Schornsteinfegergebühren	4	3	-25,0 %
Verfahren zur Durchsetzung der Kehrpflicht nach dem Schornsteinfegerhandwerksgesetz	114	70	-38,6 %
davon			
Anmahnungen	67	50	-25,4 %
Zweitbescheide	21	11	-47,6 %
Ersatzvornahmen	16	7	-56,3 %
Bußgeldverfahren	10	2	-80,0 %
Verfahren nach dem Gesetz über die Unterbringung psychisch Kranker und deren Anordnungen von Unterbringungen und Einleitung von vorbereitenden Verfahren	148	160	8,1 %

## Waffenrecht

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anzahl der Schützenvereine und Soldatenkameradschaften	135	136	0,7 %
Schießstätten neu zugelassen	2	1	-50,0 %
Schießstätten vorübergehend zugelassen	3	2	-33,3 %
Schießstätten turnusgemäß überprüft	24	28	16,7 %
Schießstätten noch im Bau	3	4	33,3 %
Waffenbesitzkarten neu einschließlich Sportschützen	291	244	-16,2 %
Waffenbesitzkarten (WBK) erweitert/ Änderungen im WBK	802	1.017	26,8 %
Munitionserwerbsberechtigungen und -erwerbsscheine	86	84	-2,3
Waffenscheine (Neu und Verlängerung)	-	7	- %
kleiner Waffenschein	206	141	-31,6 %
sonstige Erlaubnisse	30	26	-13,3 %
Erlaubnis nach § 27 SprengG	108	108	0,0 %
Europa-Waffenpass	19	24	26,3 %
Europa-Waffenpassverlängerung	30	18	-40,0 %
Waffen-Handelserlaubnisse	2	-	-100,0 %
Ausnahmegenehmigungen – Jungschützen (unter 12 Jahren)	43	62	44,2 %
Unbedenklichkeitsbescheinigungen (§ 34 Abs. 2 SprengstoffG)	43	36	-16,3 %
OWi-Verfahren WaffG und SprengG	33	30	-9,1 %
Überprüfung von Fundwaffen	18	13	-27,8 %
Waffenführen bei öffentlichen Veranstaltungen (Bescheide)	8	4	-50,0 %
Zuverlässigkeitsüberprüfungen	2.556	2.523	-1,3 %
Waffenbesitzverbote	1	3	200,0 %
Widerruf von waffenrechtlichen Erlaubnissen	22	16	-27,3 %
Schalldämpfer	71	58	-18,3 %

In 2018 wurden 96 erlaubnispflichtige und diverse andere Waffen und Munition zur Vernichtung zum Landeskriminalamt nach München gebracht.

## 12. Meldewesen

	2017	2018	Veränderung
Gesamtzahl der Einwohner im Landkreis	182.178	183.617	0,8 %
Zahl der Ausländer im Landkreis	15.650	16.397	4,8 %

Die Steigerung erklärt sich – wie im vergangenen Jahr – größtenteils durch den Zuzug von EU-Staatsangehörigen wegen der angespannten Wirtschaftslage im Heimatland. Die Zahl der Einwohner im Landkreis steht noch nicht endgültig fest (Stand zum 30.06.2018 wurde angegeben, die Daten zum Jahresende lagen noch nicht vor).

### Einbürgerungen

	2017	2018	Veränderung
Einbürgerungen	138	118	-14,5 %
abgeschlossen durch Einbürgerung	102	83	-18,6 %
davon mit Auflagenbescheid (Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit)	20	29	45,0 %
abgeschlossen durch Antragsrücknahme nach Beratung bzw. Einstellungsbescheid	37	34	-8,1 %
erteilte Einbürgerungszusicherungen	37	38	2,7 %
derzeit in Bearbeitung	122	126	3,3 %
überwachungspflichtige Optionsdeutsche	366	383	4,6 %
Feststellung des Bestehens der deutschen Staatsangehörigkeit und Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen	42	5	-88,1 %
Verfahrenseinstellungen	2	12	500,0 %
Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit	0	1	- %
Beibehaltungsantrag mit Überwachung	4	5	25,0 %

Die Zahl der Anträge auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises, ist aufgrund mehrerer Entscheidungen der Verwaltungsgerichte deutlich zurückgegangen. Die Gerichte haben entschieden, dass es am erforderlichen schutzwürdigen Sachbescheidungsinteresse fehlt, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit zweifelsfrei und nicht klärungsbedürftig ist. Dies betrifft vor allem die Anträge von den sog. Reichsbürgern.

### Namensänderungsverfahren

	2017	2018	Veränderung
abgeschlossene Verfahren	15	25	66,7 %
laufende Verfahren	25	18	-28,0 %

### Aufenthaltstitel/Aufenthaltsgestattungen/Duldungen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
ausgestellte Aufenthaltstitel	2.133	1.829	-14,3 %
Aufenthaltsgestattungen (Trägervordrucke)	1.035	787	-24,0 %
Aufenthaltsgestattungen (Etiketten)	2.668	2.027	-24,0 %
ausgestellte Duldungen (Trägervordrucke)	318	291	-8,5 %
ausgestellte Duldungen (Etiketten)	750	809	7,9 %
Fiktionsbescheinigungen	538	314	-41,6 %
ausgestellte Reiseausweise für Flüchtlinge	323	217	-32,8 %

### Visaverfahren

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Visa-Zustimmungen gegenüber deutschen Auslandsvertretungen	172	167	-2,9 %
Ablehnungen	15	14	-6,7 %

### Integrationskurse

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
ausgegebene Berechtigungsscheine zur Teilnahme an einem Integrationskurs	262	148	-43,5 %
ausgesprochene Verpflichtungen zur Teilnahme	273	116	-57,5 %

### Befragungen im Zusammenhang mit dem Terrorismus-Bekämpfungsgesetz

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
durchgeführte Befragungen	265	112	-57,7 %

### Befragungen bei Verdacht auf Scheinehe

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
durchgeführte Befragungen	5	6	20,0 %

### Aufenthaltsbeendigungen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Ausweisungen	10	13	30,0 %
Abschiebungen	4	2	-50,0 %
Zwangsüberstellungen in den zuständigen Mitgliedsstaat zur Durchführung des Asylverfahrens (Dublin III-VO)	-	-	- %

### Asylbewerber/ehemalige Asylbewerber

	2017	2018	Veränderung
Asylbewerber im Anerkennungsverfahren	784	597	-23,9 %
abgelehnte Asylbewerber mit rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren (Ausreisepflicht momentan nicht durchsetzbar, deshalb geduldet)	221	254	14,9 %
organisierte Vorführungen bei den jeweiligen Auslandsvertretungen zwecks Identitätsfeststellung und Ausstellung von Passersatzpapieren	2	2	0,0 %
organisierte und kontrollierte freiwillige Ausreisen	63	15	-76,2 %
Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, aus verschiedenen Bundeskontingenten inkl. Flüchtlinge aus dem EU-Resettlement Programm	72	80	11,1 %

Die Zahl der dem Landkreis zugeteilten Asylbewerber und Flüchtlinge ist im Jahr 2018 sichtbar zurückgegangen. Auch die Anzahl der im Landkreis wohnenden Ausländer steigt nicht mehr so signifikant wie in den Jahren zuvor (ausgenommen der Zuzug von EU-Bürgern).

Auch die Zahl der organisierten und kontrolliert freiwilligen Ausreisen, wird gegenwärtig vermehrt durch die Zentrale Ausländerbehörde Mittelfranken (ZAB) durchgeführt. Das gleiche gilt auch für die Rückführungen durch Abschiebung.

Durch die Eröffnung des Landesamtes für Asyl und Rückführungen seit 1. August 2018 in Manching, werden alle Ersuchen der Ausländerbehörde zur Beschaffung von Heimreisedokumenten an das Landesamt gerichtet.

### Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

	2017	2018	Veränderung
Verpflichtungserklärungen und Geschäftseinladungen insgesamt	626	534	-14,7 %

Da ukrainische Staatsangehörige seit 11. Juni 2017 von der Visumspflicht befreit sind, ist sodann die Zahl der Verpflichtungserklärungen für ukrainische Staatsangehörige sehr stark zurückgegangen.

### Sonstiges

	2017	2018	Veränderung
kurzfristige Verlängerungen von Besuchervisa	8	7	-12,5 %
Stellungnahmen gegenüber deutschen Auslandsvertretungen (zur Erteilung eines Wieder-Einreisevisums; Aufenthaltserlaubnis im Ausland abgelaufen, Wohnsitz in Deutschland ist noch aktuell)	7	5	-28,6 %

### **13. Gewerbe-, Jagd- und Fischereirecht**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Gewerbebeanmeldungen	1.837	1.801	-2,0 %
Gewerbeabmeldungen	1.358	1.475	8,6 %
Gewerbeummeldungen	613	672	9,6 %
Gaststättenerlaubnisse nach § 2 Abs. 1 GastG	32	48	50,0 %
vorläufige Erlaubnisse nach § 11 GastG und deren Verlängerungen	44	26	-40,9 %

### **Jagdscheine**

<b>Art</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
erteilte Jahresjagdscheine			
für Inländer	76	72	-5,3 %
für Falkner	1	-	-100,0 %
für Ausländer	10	7	-30,0 %
für Jugend	5	3	-40,0 %
erteilte Tagesjagdscheine			
für Inländer	-	-	- %
für Ausländer	60	40	-33,3 %
erteilte 3-Jahresjagdscheine			
für Inländer	391	402	2,8 %
für Falkner	7	3	-57,1 %
für Ausländer	17	6	-64,7 %
<b>Gesamt</b>	<b>567</b>	<b>533</b>	<b>-6,0 %</b>

Es erfolgten 580 Überprüfungen der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit der Jagdscheininhaber im Dreijahresrhythmus.

### **Fischereirecht**

<b>Art</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
angezeigte Fischereipachtverträge	60	23	-61,7 %
Genehmigungen für Fischereierlaubnisscheine	16	14	-12,5 %
Bestätigung von Fischereiaufsehern	-	2	- %
Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Fischerei	1	4	300,0 %

## **14. Humanmedizin**

### **14.1 Gesundheitsförderung**

Der soziale Beratungsdienst ist mit seiner „Staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen“ eine integrierte Beratungsstelle und bildet das Sachgebiet 71 des Landratsamtes Ansbach – Gesundheitsamt.

Zu seinen Aufgaben gehören die psychosoziale und gesundheitliche Beratung einschließlich Krisenintervention für Menschen und deren Angehörigen, die an einer Suchterkrankung, psychischen Erkrankung, Essstörung oder einer Behinderung leiden; die allgemeine Schwangerschaftsberatung; die Schwangerschaftskonfliktberatung (§§ 218, 219 StGB); psychosoziale Beratung bei pränataler Diagnostik; Mitwirkung in der Heimaufsicht; sowie die Gesundheitsförderung einschließlich Suchtprävention, Aidsprävention und Sexualpädagogik.

Weitere Aufgaben sind die Mitarbeit in dem RSV (Regionalen Steuerungsverbund), sowie die Geschäftsführung und Moderation von Arbeitsgemeinschaften der Gemeindenahe Gesundheitskonferenz (GGK) für den Landkreis und die Stadt Ansbach.

Mit im Sachgebiet ist die Geschäftsstelle für das Projekt der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> für den Landkreis Ansbach und die Stadt Ansbach integriert.

#### **Individualprävention (Hilfe in Einzelfällen)**

Einen Teil der Aufgaben innerhalb des öffentlichen Gesundheitsdienstes nimmt die Arbeit der Einzelfallhilfe in der Gesundheitshilfe ein. Durchgeführt wurden im Berichtszeitraum 204 Beratungen und Vermittlungen in den Bereichen:

- Altenhilfe
- Hilfe für AIDS-Kranke
- Hilfe für Behinderte
- Hilfe für chronisch Kranke
- Hilfe für psychisch Kranke
- Hilfe für Suizidgefährdete
- Krisenintervention
- Suchtkrankenhilfe

Bei der gesundheitlichen und psychosozialen Beratung von Menschen mit einer psychischen Erkrankung, Suchterkrankung, Essstörung oder einer Behinderung ist trotz der einschlägigen Angebote anderer Träger, der soziale Beratungsdienst oft die erste Anlaufstelle.

Durch den hoheitlichen Tätigkeitsbereich im Rahmen des Unterbringungsgesetzes oder durch die Mitteilungen der Polizei und anderer Behörden muss der soziale Beratungsdienst subsidiär in diesen Bereichen tätig werden.

Die Anzahl der Ratsuchenden in der Gesundheitshilfe hat im Vergleich zu dem Vorjahr erheblich abgenommen.



#### Fallzahlen der Individualprävention:

	2017	2018	Veränderung
Altenhilfe	29	21	-27,6 %
Behinderung	-	2	- %
Ess-Störung	16	13	-18,8 %
Gesundheitshilfe unspezifisch	90	41	-54,4 %
psychische Auffälligkeit	115	97	-15,7 %
Sucht	35	25	-28,6 %
Suizidproblematik	7	3	-57,1 %
Unterbringung	3	2	-33,3 %
Gesamt	295	204	-30,8 %

Bei Menschen mit psychischen Erkrankungen, mit denen im Berichtsjahr Kontakt aufgenommen werden musste, kamen nahezu alle psychiatrischen Krankheitsbilder vor. Wobei die meisten Erkrankten an einer endogenen Psychose litten.

Da psychisch Kranke oft an Kontaktstörungen leiden und deshalb nicht in der Lage sind zu Gesprächen ins Gesundheitsamt zu kommen, wurden auch 2018 wieder viele Hausbesuche durchgeführt, was bei der Größe des Landkreises bisweilen einen erheblichen Zeitaufwand erfordert. Außerdem ist das Telefon bei vielen psychisch kranken Menschen weiterhin ein wichtiges Medium um Kontakte herzustellen und aufrecht zu erhalten. Durch die aufsuchende Arbeit gelingt es aber häufig diesem Personenkreis adäquate Hilfen zukommen zu lassen (z.B. chronisch mehrfach beeinträchtigte Abhängigkeitskranke, Menschen mit „Doppeldiagnosen“, sowie gerontopsychiatrisch kranke Menschen).

Wenn Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz beim Gesundheitsamt bekannt werden, werden die Betroffenen angeschrieben und ihnen ein Beratungsgespräch sowie bei Bedarf weitere Hilfe angeboten.

#### Gutachtliche Tätigkeiten

Neben den „Kernaufgaben“ werden im Rahmen der Amtshilfe auch Aufträge von anderen Sachgebieten oder Behörden bearbeitet, wenn gutachtliche Stellungnahmen eingeholt werden. Dies erfolgt insbesondere in dem Bereich des Bayerischen Unterbringungsgesetzes.

#### Gesamtplankonferenzen des Bezirkes von Mittelfranken

Seit Einführung der Gesamtplankonferenzen des Bezirkes Mittelfranken im Jahre 2008 wurden von einer Mitarbeiterin aus unserem Sachgebiet 2018 vier Sitzungen mit je 15 Leistungserbringern aus dem Landkreis und der Stadt Ansbach vorbereitet und moderiert. In drei Sitzungen des Regionalen Steuerungsverbundes wurde mitgearbeitet. Außerdem wurde an einem Treffen zum Erfahrungsaustausch der mittelfränkischen Hilfeplankonferenzen teilgenommen.

#### FQA (Heimaufsicht)

Seit 1. Januar 2002 ist das Sachgebiet Gesundheitsförderung in der Heimaufsicht für sozialpädagogische Fragen in den Behinderteneinrichtungen der Stadt und dem Landkreis als Ansprechpartner tätig. Regelmäßige Besuche mit Beratungen werden in den Einrichtungen durchgeführt.

Seit 2009 gehört auch der Bereich der Alten- und Pflegeheime in Kooperation des FQA-Teams zu den Aufgaben der Sozialpädagogen des Sachgebietes Gesundheitsförderung.

Insgesamt wurden 2018 31 Einrichtungen im Landkreis Ansbach und der Stadt Ansbach besucht. Festzustellen ist, dass die Heimaufsicht immer mehr Zeitkapazitäten bindet.

Ein regelmäßiger Austausch mit den Mitgliedern des multiprofessionellen Teams sowohl für die Stadt als auch für den Landkreis ermöglicht eine gute und reibungslose Zusammenarbeit. An Dienstbesprechungen des Ministeriums, der Regierungen und sonstigen Gremien wurde teilgenommen.

2018 wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich mit dem Thema „Geistig behinderte Menschen im Klinikum“ beschäftigt.

### Schwangerenberatung und Sexualpädagogik

Maßstäbe der Beratungstätigkeit sind die gesetzlichen Vorgaben der §§ 218a, 219 StGB des Schwangeren – und Familienhilfeänderungsgesetzes vom 21. August 1995 und des Bayerischen Schwangerenberatungsgesetzes vom 9. August 1996. Das Sachgebiet ist in diesem Bereich unter der vorgeschriebenen Bezeichnung „Staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen“ tätig.

Die Schwangerschaftskonfliktberatung erfolgt ergebnisoffen, sie geht von der Verantwortung der Frau aus. Es wird versucht, die Frauen zur Austragung der Schwangerschaft zu ermutigen und Hilfestellung anzubieten. Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens.

In der Schwangerenberatung und der Schwangerschaftskonfliktberatung werden:

- Beratung bei Kinderwunsch/Präimplantationsdiagnostik und
- Beratung und Begleitung bei einer „vertraulichen Geburt“
- Beratungen (Einzel-, Paar- und Familienberatung),
- Informationen über die rechtlichen und psychologischen Gesichtspunkte im Zusammenhang mit Adoption,
- Informationen über gesetzliche, familienfördernde Leistungen und Unterstützung bei der Antragsstellung,
- Krisenintervention,
- psychosoziale Beratung bei pränataler Diagnostik,
- Vermittlung von Hilfen (Unterstützung bei der Durchsetzung von gesetzlichen, familienfördernden Leistungen sowie Unterstützung bei der Wohnungssuche, Kinderbetreuung und Fortsetzung der Ausbildung),

angeboten.

	2017	2018	Veränderung
Schwangerschaftskonfliktberatung nach § 219 StGB	123	124	0,8 %
allgemeine Schwangerenberatung	444	491	10,6 %
Pränataldiagnostik	7	4	-42,9 %
nachgehende Betreuung ab Geburt	179	195	8,9 %
nachgehende Betreuung nach Schwangerschaftsabbruch	5	4	-20,0 %
Bewusstseinsbildung	5	3	-40,0 %
Kinderwunschberatung/ Präimplantationsdiagnostik	2	2	0,0 %
sonstige Beratungen	33	24	-27,3 %
Beratungen für die Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“	77	54	-29,9 %

Im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung nach § 219 StGB wurden im Berichtszeitraum 124 Beratungsgespräche mit Schwangeren, teilweise unter Einbeziehung von Bezugspersonen, wie Partner oder Eltern durchgeführt. Im Jahr 2018 sind die Konfliktberatungen im Vergleich zu den Vorjahren in etwa gleich geblieben.

Beratungen werden hier auch in englischer Sprache angeboten. Bei ausländischen Ratsuchenden ist häufig die Einbeziehung eines Dolmetschers erforderlich. Es kamen 2018 Frauen aus 17 Nationen zur Konfliktberatung.

In den Beratungen mussten wir wie in früheren Jahren sehr häufig die Erfahrung machen, dass die den Frauen aufgezeigten und angebotenen Hilfen, die begleitende Beratung, Unterstützung und Betreuung offensichtlich nicht ausreichen, um den bereits gefassten Entschluss, die Schwangerschaft abzubrechen zu revidieren. Bei den meisten Frauen, die einen Abbruch erwägen, liegt eine Mehrfachproblematik vor. Bei den Frauen, für die finanzielle Probleme der ausschlaggebende Grund für den beabsichtigten Schwangerschaftsabbruch waren, erwiesen sich die Leistungen der Landesstiftung und des Elterngeldes als Hilfe. Da diese Leistungen meist aber nicht ausreichen, müssen Frauen, die vorher berufstätig waren, in der Regel aufgrund der neuen Gesetzgebung (Hartz IV) Arbeitslosengeld II beziehen.

Bei der allgemeinen Schwangerenberatung wurden 2018 491 Beratungsgespräche durchgeführt.

Insgesamt ist die Zahl der Beratungen im Jahr 2018 stark angestiegen.

Es gibt heute eine Vielzahl von finanziellen Leistungen, die einer ständigen gesetzlichen und damit auch inhaltlichen Veränderung unterliegen. Dies führt zu Verwirrungen und Unsicherheiten im überwiegenden Teil der Bevölkerung. Dies kann man auch hinsichtlich der Klienten feststellen. Vermehrt suchen Mittelschichtsfamilien die Beratungsstelle auf. Vor allem die Aufteilung der Elternzeit, das Elterngeld (ElterngeldPlus) war in diesen Beratungen ein Thema.

Sowohl Telefon als auch Internetberatungen nehmen stetig zu.

Zu Fragen der Pränataldiagnostik hat es in Dinkelsbühl/Rothenburg vier Beratungen gegeben. Zwei Beratungen wurden zu Kinderwunsch und Präimplantationsdiagnostik durchgeführt.

In Dinkelsbühl ist 2018 wie auch 2017 auffallend, dass viele Paare zu den Beratungen kommen. Sie haben viele Fragen zu Erziehungszeiten und der Gestaltung der Elternzeit.

Zu den Konfliktberatungen gibt es allerdings weiter wenig begleitende Männer.

Der Kurs „Werdende Eltern“ wird weiterhin sehr gut angenommen, auch hier sind ungefähr 75% der Besucher Paare.

Die gemeinsame Elternzeit wird in allen sozialen Schichten sehr gut angenommen. Auch 2018 kamen Männer mit Migrationshintergrund immer häufiger allein in die Beratungsstelle, um die Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ zu beantragen. In diesen Kulturkreisen ist es üblich, dass der Mann die Amtsgeschäfte führt und die Frauen oft kein Deutsch sprechen.

#### Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“

Im Berichtszeitraum wurden 54 Beratungen (2017: 77) für die Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ durchgeführt, bei denen eine Berechnung erfolgte. Beratungen, bei denen sich herausstellte, dass eine Antragstellung auf Grund der fehlenden Voraussetzungen nicht genehmigt werden können, sind in dieser Zahl nicht enthalten. Die gültig gesetzten Landesstiftungsanträge sind 2018 weiter gesunken.

Festzustellen für 2018 ist aber auch wie 2017, dass eine vermehrte Anfrage für die Landesstiftung aus der Bevölkerung kommt.

Die Beantragung der Landesstiftung über das WebPushPortal ZBFS stellt eine enorme Arbeitsbelastung dar. Tatsache ist, dass sich nach der Beantragung sehr lange Bearbeitungszeiten durch die Landesstiftung ergeben. Dies führt zu sehr häufigen Telefonanrufen durch die Klienten.

### Nachgehende Beratung und Betreuung

Das Bayerische Schwangerenberatungsgesetz sieht die nachgehende Betreuung und Begleitung der Ratsuchenden – in Form von Einzelberatungen, Gruppenberatungen, gesundheitlicher Aufklärung, betreuter Gruppenberatung usw. – auch über die Geburt hinaus, vor. Das Ziel ist eine bessere Bewältigung persönlicher, pädagogischer, gesundheitlicher, familiärer und beruflicher Probleme von Müttern und Vätern. Nach unserer Beobachtung nahmen die 195 Ratsuchenden (2017: 179) dieses individuelle Beratungsangebot auch im Jahr 2018 gerne in Anspruch.

Meist kamen die Frauen auf Empfehlung von Freunden oder Frauenärzten in die Beratungsstelle. Immer häufiger wurden sie durch das Internet auf die Beratungsmöglichkeit aufmerksam. Die Ratsuchenden lassen sich oft auf einen längeren Beratungsprozess ein.

2018 haben vier Beratungen nach einem Schwangerschaftsabbruch stattgefunden.

Seit Herbst 2000 wird das Kursangebot „Vom Baby bis zum Teenager“ für Schwangere und Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern organisiert und in Ansbach durchgeführt. Hier wurden im 2. Halbjahr 2018 in regelmäßigen Mittwochabendveranstaltungen Themenbereiche aus Ernährung, Gesundheit und Erziehung mit verschiedenen Referenten angeboten. Die Teilnehmerzahl ist in Ansbach weiter gestiegen. In Dinkelsbühl und Rothenburg waren die angebotenen Abende gut besucht.

### Vertrauliche Geburt

In der „Staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen“ haben wir eine geschulte Fachkraft für die „vertrauliche Geburt“. 2018 fand keine Beratung statt.

Der Arbeitskreis „Vertrauliche Geburt“ hat sich 2018 dreimal getroffen. Im diesem Arbeitskreis sind die zur Vertraulichen Geburt geschulten Fachkräfte der Diakonie, Caritas sowie der Gesundheitsämter Ansbach, Weißenburg und Neustadt/Aisch vertreten. Die Treffen dienten 2018 vor allem der Vorbereitung eines großen Netzwerktreffens mit allen Netzwerkpartnern.

Dieses Treffen fand für die Stadt und den Landkreis Ansbach am 11. Juli 2018 in Ansbach statt. Erfreulich ist, dass sich eine Gynäkologin, die sich in Bezug auf die „vertrauliche Geburt“ sehr offen zeigt, bereit erklärt hat, als mögliche Ansprechpartnerin für Voruntersuchungen zur Verfügung zu stehen.

Thematisch standen die Ergebnisse des Evaluationsberichts im Vordergrund. Es wurde aber auch in anonymisierter Form über die Fälle berichtet, bei denen wir bisher zur „vertraulichen Geburt“ beraten haben.

Weiter konnte 2018 zu einer Ärztin des Klinikums Ansbach ein Kontakt hergestellt werden. Es fand ein Treffen statt bei dem für das Klinikum Ansbach ein konkreter Ablaufplan zur „vertraulichen Geburt“ erstellt werden konnte.

Bei der Besprechung mit den Jugendämtern im letzten Jahr hatten wir einen Austausch mit den Adoptionsvermittlungsstellen vereinbart. Dieser Austausch fand in diesem Jahr bei einem unserer gemeinsamen Koordinierungstreffen der Schwangerenberatungsstellen Ansbach statt.

### Sexualpädagogik

Die „Staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen“ hat als Aufgabe „präventive und bewussteinbildende Angebote zu Fragen der Partnerschaft, Sexualität, Familienplanung, Empfängnis und Schwangerschaft sowie der Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens und der Entwicklung des ungeborenen Kindes (Art. 5 des Bayerischen Schwangerenberatungsgesetzes) durchzuführen. Für die Beraterinnen bedeutet dieses fachkundige Unterstützung für Multiplikatoren (z.B. Pädagogen, Erzieher usw.) Jugendlichen und Elterngruppen über Sexualität und Familienplanung Hilfe zu geben oder ihnen bei Veranstaltungen, die sie zu diesem Thema durchführen wollen, Hilfestellung anzubieten. Es werden geschlechtsspezifische, ziel- und altersgruppenorientierte Gruppen- und Projektar-

beiten, Informationsveranstaltungen zu diesem Thema angeboten und durchgeführt. Ziel ist der verantwortliche Umgang mit der eigenen Sexualität und Partnerschaft, die Vermeidung ungewollter Schwangerschaften und die Auseinandersetzung mit den Bildern des eigenen Geschlechtes. In der Arbeit mit Jugendlichen setzen wir ganz konkret an ihren Themen und Fragen an und erleben sehr interessierte und engagierte Mitarbeit.

Es wurden durchgeführt:

- Eine Fortbildung für Lehrer ab Klasse 5 zum Thema: „Mit Jugendlichen über Liebe, Freundschaft und Sexualität reden.“
- „Mit Jugendlichen über Liebe, Freundschaft und Sexualität reden“: Eine Fortbildung für Grundschulreferendarinnen.
- Seminar: „Körperwissen, Verhütung“ im Förderzentrum in Neuendettelsau.
- Veranstaltungen zu den Themen „ Sexualität, Beziehung Mann – Frau, “ sowie „Verhütung“ in Mittelschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Realschulen und Berufsschulen in der Stadt und im Landkreis Ansbach.
- Wie in den Vorjahren Elternabende zu den Themen „Entwicklung und Aufklärung“, „Entwicklung und Sexualität“, „Sexualität im Kindergartenalter“, „Fragen zur Sexualentwicklung in der Pubertät“ an Kindergärten, Mittelschulen und Realschulen in Stadt und Landkreis Ansbach.

### Öffentlichkeitsarbeit

Die Themenbereiche der Öffentlichkeitsarbeit erstrecken sich unter anderem auf Verhütung, Schwangerschaft, Schwangerschaftsabbruch und Sexualpädagogik.

Die niedergelassenen Gynäkologen, Hebammen und Kliniken in der Stadt und dem Landkreis wurden auch 2018 teilweise besucht.

Auf die Beratungszeiten wird regelmäßig in der örtlichen Presse hingewiesen.

Teilnahme an der „Kontakta“ mit einem Stand zu dem Thema „Krise nach der Geburt, Schwangerschaft“.

Abendveranstaltung mit dem Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Ärztlicher Psychotherapeut, Achtsamkeitslehrer und Autor des Buches „Wir Eltern sind auch nur Menschen. Selbstgefühl zwischen Säbelzahn tiger und Smartphone“ in Dinkelsbühl (ca. 200 Teilnehmer).

### Fortbildung und Zusammenarbeit

Die in der Schwangerschaftskonfliktberatung tätigen Sozialpädagoginnen erhalten regelmäßig Supervision.

Zwei Beraterinnen absolvieren den Grundkurs zur „Schwangerschaftskonfliktberatung“. Eine Fortbildung „Vertiefung zur Sexualpädagogik“ wurde besucht.

Im Jahre 2018 wurden zwei Arbeitstreffen mit Beraterinnen der Schwangerenberatungsstellen des Diakonischen Werkes und der Caritas zum Informationsaustausch und zur Abstimmung durchgeführt.

Teilnahme an den Arbeitstreffen zum Informations- und Erfahrungsaustausch mit Beraterinnen von Einrichtungen zur Schwangerenberatung in Mittelfranken.

Teilnahme 2018 am „Arbeitskreis Sexualpädagogik“ der Berater und Beraterinnen aus den Gesundheitsämtern Mittelfrankens.

Teilnahme 2018 am „Arbeitskreis nachgehende Betreuung“ der Berater und Beraterinnen aus den Gesundheitsämtern Mittelfrankens.

Eine intensive Zusammenarbeit gab es auch 2018 mit Stellen (z.B. dem Zentrum Bayern Familie und Soziales, den Netzwerken aus der Stadt und dem Landkreis Ansbach „Frühe Hilfen“), die für diesen Arbeitsbereich von Bedeutung sind. Durch diesen steten Ausbau der Kooperation zwischen Vertretern der Bereiche Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Frühförderung und Schwangerenberatung in den letzten Jahren kann zunehmend eine niederschwellige und bedarfsorientierte Zusammenarbeit stattfinden.

### Qualitätssicherung in der Schwangerschaftsberatung

2018 wurde für die Schwangerenberatung an dem Projekt „Qualitätssicherung in der Beratung“ weitergearbeitet. Flyer, Visitenkarten und Plakate wurden überarbeitet und neu aufgelegt.

Durch regelmäßig stattfindende Teambesprechungen und Supervision der Mitarbeiterinnen ist die Qualität der Arbeit gewährleistet.

Eine Mitarbeiterin ist QM-Beauftragte, das QM-Forum wird regelmäßig besucht.

### Gesundheitsförderung

Gesundheitsförderung und Prävention sind unterschiedliche, sich ergänzende und unterstützende Konzepte. Aufgabe ist hier eine Analyse regionaler, gesundheitsfördernder Angebote, Initiieren von Projekten, um Angebotslücken zu schließen, Förderung gesundheitsrelevanter Strukturen. Das Ziel ist die Umsetzung des Konzeptes der Salutogenese. Zur Gesundheitsförderung gehört die Durchführung von Projekten für bestimmte Zielgruppen, insbesondere in den Bereichen AIDS-Prävention, Suchtprävention und allgemeine gesundheitliche Aufklärung.

Neben der Beratung bieten wir verschiedene präventive Maßnahmen an, z.B. in der Form von allgemeinen und zielgruppenspezifischen Gesundheitsangeboten, Angebot für Multiplikatoren, Vernetzung und Initiierung und Unterstützung von Arbeits- und Selbsthilfegruppen. Solche Veranstaltungen sollen Anregungen zum eigenen Nachdenken geben, Hilfe zur Orientierung bieten und schließlich auch Verhaltensänderungen bewirken.

2018 wurde das Thema „Alter und Gesundheit“ als ein Baustein der Gesundheitsförderung aufgenommen. Hierzu fand am 25. April 2018 ein Fachtag zum Thema „Zufrieden alt werden in unserer Zeit“ statt.

„GeWinn – Gesund älter werden mit Wirkung“: Das Forschungsprojekt „GeWinn“ ist ein Projekt, welches von der Hochschule Coburg in Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal und dem Gesundheitsamt im Landkreis Ansbach umgesetzt wird. Es hat zum Ziel das Wohlbefinden und die Lebensqualität von Menschen ab 60 Jahren zu fördern. Es möchte diese Zielgruppe unterstützen aktiv etwas für ihre Gesundheit zu tun. Zu diesem Zweck wurde 2017 ein Gruppenprogramm, das die Gesundheitskompetenz stärken soll, entwickelt, an dem interessierte Senioren teilnehmen konnten. Dieses wurde auch 2018 weitergeführt.

Unter dem Titel: „Gemeinsam fit – Wir machen mit!“ wurde das Projekt für die 5. Klassen der Mittelschulen wiederholt und an 13 Schulen in Stadt und Landkreis Ansbach durchgeführt. In diesem Rahmen fand im Klettergarten in Rothenburg mit Schülern eine Tagesveranstaltung statt.

Ein Stand zum „Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 24. November 2018 in der Stadt Ansbach wurde gemeinsam mit der „Arbeitsgemeinschaft für ein gewaltfreies Miteinander“ organisiert und durchgeführt.

Viele Interessierte wurden erreicht durch:

- Durchführung eines Workshops zum Thema „Umgang mit schwierigen Klienten“
- Aktion zum Thema „Ernährung, Bewegung und Entspannung“ für die 4. Klassen der Grundschulen
- Gesundheitstag in der Grundschule Dürrwangen
- Planung und Durchführung des Projektes „Gesundheitsförderung in der Grundschule“
- Tag der Zahngesundheit am 25. September 2018 in Dinkelsbühl mit einem Stand: „Angelspiel zahnfreundlicher Lebensmittel“
- Teilnahme am Aktiv-Tag der Initiative „Gesundheit“ am 5. August 2018 in Dinkelsbühl mit dem Thema „Sonnen mit Verstand“
- Teilnahme am Freundschaftsfest in Feuchtwangen mit dem „Kleinen Sinnesgarten“

- Teilnahme an der „Ministadt“ in Dinkelsbühl vom 6. bis zum 10. August 2018 mit dem „Kleinen Sinnesgarten“
- Veranstaltung: „Begeistert lernen ein Leben lang“ mit André Stern am 19. Oktober 2018

### Ernährung

Im Jahr 2018 wurden in Zusammenarbeit mit der Ernährungsberaterin der AOK regelmäßige Kursangebote in Ansbach, Rothenburg o.d.T. und Dinkelsbühl zu folgenden Themen durchgeführt:

- „Informationsveranstaltung für werdende Eltern“ (11 Abendveranstaltungen)
- „Kleinkinder gesund ernähren“ (4 dreiteilige Seminare)
- Seminar „Rund um das Baby, Bindung und Entwicklung“ (9 dreiteilige Seminare)

Diese Kurse dienen auch der Nachbetreuung im Sinne des Bayerischen Schwangerenberatungsgesetzes. Sie werden seit mehr als 20 Jahren von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Ein Bereich dieser Seminare ist das Thema der Ernährung, der von der Ernährungsberaterin der AOK Ansbach durchgeführt wird. Ein anderer Teil wird von den Kolleginnen des Sachgebietes Gesundheitsförderung mit Informationen und Bestimmungen zu sozialrechtlichen und finanziellen Themen und Fragen der „Bindung und Entwicklung“ des Säuglings und des Kleinkindes behandelt.

### Sucht

Suchtprävention betrifft legale und illegale Suchtmittel. Sie ist zielgruppen- und situationsbezogen ausgerichtet und erfolgt in altersentsprechender Aufklärung über die Hintergründe von Sucht und verschiedenen Suchtformen. So wurden zahlreiche Unterrichtsveranstaltungen zum Thema Suchtprävention mit Schülern aus den Gymnasien Rothenburg o.d.T. und Dinkelsbühl, Realschulen, Wirtschaftsschulen und Mittelschulen aus der Stadt und dem Landkreis durchgeführt. In Dinkelsbühl wurde im bfz mit Langzeitarbeitslosen das Thema bearbeitet.

2018 fanden Elternabende zu diesem Thema und Fortbildungen von Multiplikatoren statt.

Der Arbeitskreis „Suchtprävention“ befasst sich seit dem Sommer 2005 mit der Durchführung der Kampagne „Frei ab 12?“. Dieses Projekt zum Thema Jugendschutz, Suchtprävention und Zivilcourage möchte die Multiplikatoren, die in Erziehungsverantwortung stehen für die genannten Themen sensibilisieren. Aus diesem Projekt wurde 2018 ein Schülerwandkalender für die 6. bis 9. Jahrgangsstufe aller Schularten entwickelt, herausgegeben und verteilt.

Auf der „Kontakta“ wurde an zwei Tagen gemeinsam mit Mitgliedern des Arbeitskreises „Prävention“ ein Stand zur „Suchtprävention“ betreut.

2010 wurde das „Halt-Projekt“ an dem Klinikum in Ansbach installiert. Zur Koordination des Projektes für Mittelfranken fanden auch 2018 regelmäßige Treffen des Arbeitskreises statt.

### Essstörungen

Die Gruppe „Strohalm“, eine Kontaktgruppe für Betroffene und Angehörige mit Essstörungen, wird im Sachgebiet organisiert, geleitet und durchgeführt. Unter dem Motto: „Umgang mit der Krankheit“ erfolgten regelmäßige Treffen (26 Abende im Jahre 2018) mit Betroffenen. Mit den Angehörigen von Essgestörten fanden 2018 insgesamt elf Treffen im Gesundheitsamt statt.

Unter der Überschrift: „Wenn Essen zum Problem wird?“ wurden auch 2018 Präventionsveranstaltungen, meist Unterrichtsveranstaltungen, ein Elternabend und Weiterbildungen mit den Schülern der Krankenpflegeschule in Dinkelsbühl, den Teilnehmern der Regiomed Akademie und den angehenden Diätassistentinnen in der Fachschule in Neuendettelsau durchgeführt.

Am 14. November 2018 fand das 15. Forum zum Thema „Essstörungen“ statt. Unter dem Titel: „Gegessen: Wer schön sein will muss leiden, sagt der Schmerz...“ fand eine Lesung

mit anschließender Diskussion in den Ansbacher Kammerspielen statt. Diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Bezirksklinikum Ansbach organisiert und durchgeführt.

### Aids

Im Jahre 2018 wurden an 19 Schulen mit Schülern von Mittelschulen aus der Stadt und dem Landkreis Ansbach verschiedene Unterrichtseinheiten zu dem Thema „Aidsprävention“ durchgeführt.

In den Schulen, in denen „AIDS – Prävention und Verhütung“ Thema waren, entfallen von der Dauer der Veranstaltung (3,5 Stunden) auch 45 Minuten auf das Thema „Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten“.

Vom 3. bis zum 7. Dezember 2018 fand eine „AIDS Präventionswoche“ an zwei Mittelschulen in Ansbach statt. Diese wurden vom Sachgebiet organisiert und gemeinsam mit den Verantwortlichen der Kammerspiele und den Jugendpflegern der Stadt Ansbach durchgeführt. Es konnte mit ca. 170 Schüler und Schülerinnen der 9. Klasse gearbeitet werden.

### Netzwerkarbeit, Koordinierungsfunktionen

- „Gemeindenaher Gesundheitskonferenz“ (GGK)

Die GGK ist ein Zusammenschluss aller im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention tätigen Personen und Einrichtungen aus Stadt und Landkreis Ansbach. Zweck ist der Erfahrungsaustausch, die Kooperation und die Planung und Durchführung von gesundheitsfördernden Maßnahmen. Das Gesundheitsamt hat die Aufgabe, die Versammlungen vorzubereiten, zu moderieren und Aktionen zu koordinieren.

- Arbeitskreis „Frauen und Gesundheit“

Ziel dieses Arbeitskreises ist es durch frauenzentrierte Aufklärungs- und Bildungsarbeit Frauen besser über ihren Körper, über seelische, soziale, krankmachende, sowie gesundheitsfördernde Faktoren zu informieren.

2015 wurde eine Fotoausstellung unter dem Titel „Mutige Frauen machen Frauen Mut“ zum Thema Brustkrebs mit einem Fotografen und dem Arbeitskreis erstellt. 2018 wurde die Ausstellung an verschiedenen Orten in Mittelfranken jeweils mit einem Rahmenprogramm gezeigt.

- Arbeitskreis „Veranstaltungsplanung“

Der Arbeitskreis ist verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Ansbacher Gesundheitstage (alle zwei Jahre) und der Schwerpunktthemen, die das Bayerische Gesundheitsministerium jährlich bestimmt.

2018 wurde das Schulprojekt zur psychischen Gesundheit „Verrückt! Na und?“ vorbereitet und an zwölf Schulen mit 14 Projekttagen durchgeführt.

Alle Arbeitskreise werden von Sozialpädagoginnen aus dem Gesundheitsamt moderiert und geleitet.

### Gesundheitsregion<sup>plus</sup>

Im April 2017 wurde mit der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> für den Landkreis Ansbach und der Stadt Ansbach gestartet. Dieses Projekt wird für fünf Jahre vom bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege mit einer Geschäftsstelle gefördert.

Die Themengebiete gliedern sich folgendermaßen:

- Handlungsfeld Gesundheitsversorgung

Die Arbeitsgruppe „Akquise und Ausbildung medizinischer Fachkräfte“ hat sich am 15. Mai 2018 und am 31. Juli 2018 getroffen. Hier wurden insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Nachwuchsgewinnung in den medizinischen Berufen sowie die hausärztliche Versorgung in der Region diskutiert. Es wurde ein Brief an alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte entworfen und ein weiteres Vorgehen mit den verschiede-



nen Klinikträgern besprochen. Ein gemeinsamer Fachnachmittag mit Hausärzten und Bürgermeister/-innen fand am 28. November 2018 statt.

Die Arbeitsgruppe „Schnittstelle“ hat sich am 9. Juli 2018 getroffen. Themen waren hier insbesondere die Umsetzung des neuen gesetzlichen Rahmenvertrags zum Entlassmanagement und der Medikamentenversorgung bei Entlassung.

- Handlungsfeld Pflege

Die Arbeitsgruppe „Pflege“ hat sich im Berichtszeitraum am 7. Juni 2018 getroffen. Thema war hier die aktuelle Entwicklung zum Pflegestützpunkt mit der Kündigung des Rahmenvertrages; Hospiz- und Palliativversorgung; Kurzzeitpflege- und Tagespflegeangebote; Pflegeplatzmonitor.

- Handlungsfeld Gesundheitsförderung und Prävention

Die Arbeitsgruppe „Betriebliche Gesundheitsförderung“ hat sich am 6. März und am 27. Juni 2018 getroffen und hat den Aufbau eines Netzwerktreffens für mittlere und kleinere Unternehmen diskutiert. Die Arbeitsgruppenmitglieder wollen in ihren eigenen Netzwerkkontakten und Gremien mögliche Netzwerkmitglieder akquirieren.

Beim Treffen der Arbeitsgruppe „Gesund aufwachsen“ am 20. März 2018 wurde der Pool empfehlenswerter Präventionsprojekte in Stadt und Landkreis abgeschlossen. Es wurde vereinbart, den Pool in halbjährlichem Turnus zu überprüfen. Der aktualisierte Pool wird dann in verschiedene Gremien und Umläufe eingespeist. Zur Identifizierung neuer Bedarfe wurden zum Treffen der Arbeitsgruppe am 4. Juli 2018 unterschiedliche in Landkreis und Stadt Ansbach tätige Akteure aus dem Bereich Kinder- und Jugendprävention (Koki, Stadtjugendpflege, Jugendamt, Sucht, Kripo) eingeladen. Dabei haben sich vorrangig die Themen Medienerziehung und Bewegungserziehung herauskristallisiert.

Im April 2018 hat beim Jobcenter Ansbach Stadt das Projekt „Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung“ von LZG Bayern und GKV „Bündnis für Gesundheit“ begonnen. Die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> ist Mitglied in der Steuerungsgruppe.

Die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> ist weiter in der Steuerungsgruppe „gesunde Schulverpflegung Dinkelsbühl“ beteiligt. Dinkelsbühl verfügt über einen großen Schulcampus mit unterschiedlichen Schul- und Kitaangeboten, Ziel ist die Schaffung eines umfassenden, gesunden Pausenangebots. Derzeit sind zwei Bachelorstudentinnen mit der Erstellung von Bedarfsanalysen aus Sicht der Nutzer und der Betreiber befasst.

### Verschiedenes

Mitarbeiter des Sachgebietes Gesundheitsförderung nahmen neben den bereits erwähnten Arbeitskreisen noch an folgenden Gremien und Symposien teil:

- Koordination und Teilnahme an einem Arbeitskreis zur (Sucht-)Prävention
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Frauen und Gesundheit“
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Gerontopsychiatrie“
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Gesundheitsförderung in Mittelfranken“
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Gewaltfreies Miteinander“
- Mitarbeit im runden Tisch „Hospiz – Palliativ“
- Mitarbeit in den Netzwerken „Frühe Hilfen“ der Stadt und des Landkreises
- Mitarbeit in verschiedenen Arbeitskreisen im „Bündnis Familie“ des Landkreises Ansbach und der Stadt Ansbach
- Mitglied im „Landesarbeitskreis Sucht in Bayern“
- Mitwirkung im Arbeitskreis „Essstörungen“ der Gesundheitsämter Mittelfranken
- Mitwirkung im Arbeitskreis „Gesundheitsförderung“ der Regierung von Mittelfranken
- Mitwirkung im Arbeitskreis „Halt-Projekt“ Mittelfranken
- Mitwirkung im Arbeitskreis „Prävention“ in Rothenburg o.d.T.
- Mitwirkung im Arbeitskreis „Wir für uns, von Frauen für Frauen“ in Dinkelsbühl

- Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft „Sozialarbeit“ in Rothenburg o.d.T.
- Teilnahme am 16. Anti-Depressionstag in Nürnberg
- Teilnahme am Symposium „Blick über den Tellerrand“ in der Praxis Mangold in Herrieden
- Teilnahme an der Jahrestagung „Gesundheitsförderung und Prävention“ am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Erlangen
- Vorbereitung und Teilnahme an den Sitzungen des „Regionalen Steuerungsverbundes“
- Zusammenarbeit und Kooperation mit sonstigen Einrichtungen zu den Aufgabenfeldern des Sachgebietes Gesundheitsförderung

## **14.2 Seuchen- und Umwelthygiene**

Aufgabe der Umwelthygiene ist es Risiken und Gefahren, die sich für die Menschen aus Umweltbelastungen (chemischen Schadstoffen, physikalischen Noxen, mikrobiologischen Krankheitserregern) ergeben, zu erkennen, zu bewerten und abzuwehren. Aufgabenschwerpunkte sind demnach:

### Trinkwasserhygiene

Durch die Trinkwasserverordnung (TrinkwV) wird unter anderem vermehrt darauf geachtet, dass nicht nur das Wasser in den eigentlichen Wasserversorgungsanlagen einwandfrei ist, sondern auch einwandfrei beim Verbraucher am Zapfhahn ankommt. Auch Hausinstalltionen gelten als Wasserversorgungsanlagen. Insbesondere in öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Altenheimen wird vermehrt auf eine einwandfreie Beschaffenheit des Wassers am Wasserhahn bzw. am Duschkopf geachtet. Hier ist im Besonderen die Legionellenproblematik zu beachten.

In die Überwachung fallen ebenfalls nicht ortsfeste kurzfristig betriebene Wasserversorgungsanlagen z.B. Großveranstaltungen (Taubertal-Festival, Summer Breeze, Afrika-Karibik-Fest, diverse Veranstaltungen im Stadtgebiet), Vereinsfeiern, Volksfesten und Märkten.

Auch Brauchwasserbrunnen müssen dem Gesundheitsamt gemeldet werden.

Schwerpunkt der Überwachung ist nach wie vor die Überwachung von zentralen Trinkwasserversorgungsanlagen und Einzelwasserversorgungsanlagen (Hausbrunnen).

Überwacht werden die zentralen Trinkwasserversorgungsanlagen und Einzelwasserversorgungsanlagen (Hausbrunnen):

	2017	2018	Veränderung
Trinkwasserversorgungsanlagen			
Landkreis Ansbach	63	63	0,0 %
Stadt Ansbach	2	2	0,0 %
Hausbrunnen			
Landkreis Ansbach	880	882	0,2 %
Stadt Ansbach	19	19	0,0 %

Es werden hierzu Besichtigungen der Wasserversorgungsanlagen sowie der Schutzgebiete durchgeführt. Die nach TrinkwV vorgeschriebenen Wasseranalysen werden von den Betreibern eingefordert, überprüft und beurteilt.

Die zu untersuchenden Parameter nach TrinkwV wurden 2016 um die Radionuklide erweitert. Dabei wurden alle Gemeinden und Städte im Landkreis mit einer eigenen Wasserversorgung aufgefordert Erstuntersuchungen durchführen zu lassen. Die Erstuntersuchungen umfassen vier Untersuchungen in vier unterschiedlichen Quartalen bis spätestens 31. Mai 2019 und dienen der Ermittlung und Bewertung der im Jahresdurchschnitt vorliegenden Aktivitätskonzentration.

Wasserversorger, Gemeinden, Städte, Behörden und Bürger werden beraten. Es werden auch Wasserproben durch das Gesundheitsamt gezogen und zur Analyse eingeschickt.

Städte und Gemeinden, die aktuell noch über eine größere Anzahl (mehr als 30 Brunnen) von Hausbrunnen verfügen, sind:

	2017	2018	Veränderung
Gemeinde Buch am Wald	78	78	0,0 %
Gemeinde Colmberg	32	32	0,0 %
Stadt Feuchtwangen	248	249	0,4 %
Stadt Leutershausen	313	317	1,3 %

Die Anschlussarbeiten für den zentralen Trinkwasseranschluss der Ortsteile Tiefenthal sowie Hinterholz der Stadt Leutershausen konnten 2018 abgeschlossen werden. In der Gemeinde Wilburgstetten wurde die Ortschaft Greiselbach und der Ortsteil Waizendorf in Wolframs-Eschenbach an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen.

Am 20. August 2018 startete das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) für ganz Bayern eine Schwerpunktsonderuntersuchung zu Nitrat. Dabei wurden Wasserproben durch das Gesundheitsamt Ansbach aus den Wasserversorgungsanlagen in

- Ansbach (Stadtwerke Ansbach GmbH),
- Dietenhofen (Zweckverband zur Wasserversorgung Dillenberggruppe),
- Dinkelsbühl,
- Heilsbronn,
- Mittleschenbach (Zweckverband zur Wasserversorgung der Reckenberg-Gruppe),
- Neuendettelsau,
- Steinsfeld (Fernwasserversorgung Franken) und
- Wassertrüdingen

entnommen.

#### Hygiene der Badeanstalten

Im Jahr 2018 wurden 43 öffentliche Badestellen an Seen und Fließgewässern im Landkreis Ansbach infektionshygienisch im Rahmen des Infektionsschutzgesetz (IfSG) überwacht. Hierzu zählt die regelmäßige Ortsbesichtigung, die Probennahme, der Probenversand oder bei Bedarf auch der Transport an das Labor im LGL Erlangen, die Information der Gemeinden sowie der Veranlassung von Schutzmaßnahmen.

Davon ist eine Badestelle als EU-Badegewässer ausgewiesen, welche sechsmal pro Saison nach der Verordnung über die Qualität und Bewirtschaftung der Badegewässer (Bayerische Badegewässerverordnung – BayBadeGewV) beprobt wird.

Informationen über die Qualität des Wassers zu EU-Badegewässern werden auf der Internetseite des Landratsamtes veröffentlicht.

Aufgrund der extremen Witterungsverhältnisse im Frühjahr und Sommer 2018 wurden in mehreren Badegewässern Blaualgen (Cyanobakterien) nachgewiesen.

Dies hatte zur Folge, dass bei insgesamt sieben Badegewässern eine über einen längeren Zeitraum bestehende Badewarnung ausgesprochen werden musste und im Anschluss eine engmaschigere Überwachung sowie vermehrte Kontrolluntersuchungen notwendig waren.

Auch die acht Freibäder und die 15 Hallenbäder (inkl. Schulschwimmbäder) unterliegen der Überwachung durch das Gesundheitsamt. Sie werden regelmäßig besichtigt. Die nötigen Wasseranalysen werden von den Betreibern eingefordert, überprüft und beurteilt. Unberührt davon bleibt die Verpflichtung der Betreiber zur Eigenüberwachung gemäß DIN-Vorschrift 19643.

### Orts- und Wohnungshygiene

Als Träger öffentlicher Belange wird das Gesundheitsamt bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter anderem zu Trink-, Brauchwasserversorgung sowie Abwasserentsorgung gehört.

Bei Anfragen zu Schimmelpilzbelastungen in Wohnungen erfolgt eine Beratung der Bürger einschließlich des Versands von Infomaterial.

### Gutachterliche Stellungnahmen

Zu umwelthygienischen Fragestellungen (z.B. Gefährdung der Bevölkerung durch Altlasten, Luftschadstoffen usw.) nimmt die Funktionseinheit Gesundheitsamt eventuell unter Einschaltung eines Toxikologen am LGL Stellung.

Es erfolgten, wie in den vergangenen Jahren, Stellungnahmen bei der Erkundung relevanter Altlasten/Deponien im Landkreis mit Beurteilung des Pfades Boden-Mensch.

### Umweltmedizinische bzw. umwelthygienische Beratung der Bevölkerung

In umweltmedizinischen bzw. umwelthygienischen Fragestellungen ist eine Beratung für Einzelpersonen möglich. Hierbei können insbesondere auch Informationen über Analyseinstitute und umweltmedizinische Einrichtungen gegeben werden.

### Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Im Rahmen des IfSG erfolgen Ermittlungen zur Verhütung und Bekämpfung meldepflichtiger Krankheiten und sonstiger übertragbarer Krankheiten einschließlich der Beratung Betroffener.

Ferner werden gezielte Untersuchungen durchgeführt, um mögliche Infektionsquellen zu finden und eine Weiterverbreitung zu verhindern.

Die dabei erhobenen Daten werden in einer eigenen Datenbank erfasst und sind werktäglich, gemäß dem Meldewesen, an das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) zu übermitteln.

Die im Jahr 2018 erreichte Rekordzahl bei den meldepflichtigen Krankheiten (u.a. Tabelle) erforderte insbesondere während der Influenzasaison (I. Quartal) einen erhöhten Zeit- und Arbeitsaufwand.

Anzahl der im Jahr 2018 meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten insgesamt:

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Landkreis Ansbach	1.055	1.415	34,1 %
kreisfreie Stadt Ansbach	276	514	86,2 %

gemeldete Influenzafälle in Stadt und Landkreis Ansbach:

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Landkreis Ansbach	294	602	104,8 %
kreisfreie Stadt Ansbach	122	238	95,1 %

Aktuell führt das Robert-Koch-Institut (RKI) in enger Zusammenarbeit mit dem LGL und Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (LGA) 2018 bis 2020 eine intensive Surveillance sowie Fall-Kontrollstudie zu FSME durch. Hierbei sind die Gesundheitsämter mit umfangreicheren Ermittlungen eingebunden.

## Hygienische Überwachung von Einrichtungen des Gesundheitswesens und Gemeinschaftseinrichtungen

Hierbei geht es im Wesentlichen um die Infektionsprävention in den sechs Krankenhäusern, 39 Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen sowie Alten- und Pflegeheimen, aber auch z.B. um die beiden Justizvollzugsanstalten, Blutspendeeinrichtungen, Tattoo- und Piercingstudios usw. Bei Neu- oder Umbauten von Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen oder auch Arzt-, Heilpraktiker-, Massage- sowie Physiotherapiepraxen nimmt das Gesundheitsamt aus hygienischer Sicht Stellung.

Zusätzlich zu den im Rahmen der Routineüberwachung erfolgten Begehungen in den Krankenhäusern werden jährlich durch das LGL, in Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), Schwerpunktprojekte durchgeführt.

## Belehrungen von Personen im Lebensmittelgewerbe

Bis 31. Dezember 2018 wurden 747 Personen, die gewerbsmäßig mit dem Herstellen, Behandeln oder Inverkehrbringen von Lebensmitteln befasst sind, nach § 43 Infektionsschutzgesetz (IfSG) belehrt. Durch die Hygienekontrolleure wurden 36 Belehrungsveranstaltungen durchgeführt. Insgesamt besitzen in der Stadt und im Landkreis Ansbach 102 Ärzte die Berechtigung Belehrungen nach § 43 Infektionsschutzgesetz durchzuführen.

## **14.3 Medizinisches Gutachtenwesen**

### Heilpraktiker-Kennntnisüberprüfung

Das Gesundheitsamt Ansbach ist schwerpunktmäßig für die Durchführung der schriftlichen und mündlichen Heilpraktikerüberprüfungen (Allgemein, Psychotherapie, Physiotherapie und Podologie) in Mittelfranken, mit Ausnahme der Stadt Nürnberg, zuständig.

Das Gesundheitsamt Ansbach koordiniert darüber hinaus die Arbeitsgemeinschaft der Gesundheitsämter weiterer Bundesländer, welche sich an der schriftlichen Heilpraktikerüberprüfung beteiligen.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Heilpraktiker-Kennntnisüberprüfung	205	178	-13,2 %
Heilpraktiker-Kennntnisüberprüfung - bayernweit	2.216	1.932	-12,8 %
Heilpraktiker-Überprüfung Psychotherapie - bayernweit	977	985	0,8 %

### amtsärztliche Gutachtertätigkeit

Der amtsärztliche Dienst ist gutachterlich u.a. in folgenden Bereichen bzw. für folgende Behörden tätig:

- Alkoholscreening: Untersuchung von Urin- oder Haarproben auf Ethylglucuronid (ETG) auf Anforderung der Bewährungs- und Führungsaufsicht oder der Führerscheinstelle
- Drogenscreening: Untersuchung von Urin- oder Haarproben auf Opiate, Kokain, Amphetamine usw. auf Anforderung der Bewährungs- und Führungsaufsicht, von Gerichten oder der Führerscheinstelle
- öffentliches Dienstrecht (u.a. Einstellungs- und Dienstfähigkeitsbegutachtung sowie Begutachtung für die Beihilfestelle)
- schulärztliche Untersuchungen (schulärztliche Untersuchung zur Einschulung bei fehlender U9, Schulsportbefreiungen, in Einzelfällen Schulfähigkeitsuntersuchungen)
- Sozialhilfverwaltung (Landratsamt und Stadt Ansbach, Bezirk Mittelfranken)
- Unterbringungsrecht (auf Veranlassung der Gerichte bzw. Ordnungsämter)

	2017	2018	Veränderung
Urin- und Haarproben	624	668	7,1 %
Begutachtungen – Gesamt	2.005	2.016	0,5 %
davon u.a.			
Einstellungsuntersuchungen	316	379	19,9 %
Unterbringungsgutachten	21	7	-66,7 %
Dienstfähigkeitsuntersuchungen	46	43	-6,5 %
Beihilfegutachten	74	90	21,6 %
kostenloser anonymer HIV-Test	129	126	-2,3 %

### Überwachung im Gesundheitswesen tätiger Personen

Das Gesundheitsamt Ansbach erfasst statistisch alle im Gesundheitsbereich tätigen Personen: Heilpraktiker, Hebammen, Krankengymnasten, Masseur und medizinische Bademeister, Logopäden, Ergotherapeuten, Heilpädagogen, Podologen, ambulante Pflegedienste sowie Praxen für Psychotherapie.

Darüber hinaus werden Qualifikationen bei Gewerbeanmeldungen hinterfragt, die in den Bereich „Ausübung der Heilkunde“ fallen könnten.

### Apothekenwesen

Zum Vollzug des Betäubungsmittelgesetzes werden die Apotheken im Landkreis und der Stadt Ansbach in einem dreijährigen Turnus kontrolliert.

### Schuleingangsuntersuchung

	2017	2018	Veränderung
Anzahl der Kinder zum Schuleingangsscreening	2.137	2.183	2,2 %
zusätzlich schulärztlich untersuchte Kinder	193	169	-12,4 %

### Impfbuchkontrolle 6. Klassen

	2017/18	2018/19	Veränderung
Anzahl der Schüler	2.183	2.189	0,3 %
Anzahl der vorgelegten Impfbücher	1.749	1.738	-0,6 %

### Neugeborenen-Screening

Um eine flächendeckende Durchführung des erweiterten Neugeborenen-Screenings in Bayern zu gewährleisten, übermittelt das Screening-Zentrum am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) den Gesundheitsämtern wöchentlich eine Liste der untersuchten Kinder aus dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Die Gesundheitsämter vergleichen unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen diese Daten mit den Geburtsmitteilungen der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern.

Die Eltern von nicht untersuchten Kindern werden über das Neugeborenen-Screening informiert und gebeten, diese Untersuchung unverzüglich bei einem niedergelassenen Kinderarzt nachholen zu lassen.

<b>vom November des Vorjahres bis Oktober</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anzahl der Geburtenmeldungen	2.195	2.125	-3,2 %
Kontaktaufnahmen beim Stoffwechselscreening	78	118	51,3 %
Kontaktaufnahmen beim Hörscreening	190	201	5,8 %
Einzelkontaktaufnahmen (Hausbesuche) bei auffälligem Hörscreening	4	3	-25,0 %

#### Todesbescheinigungen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Meldungen an Todesfällen Landkreis und Stadt Ansbach	2.742	2.672	-2,6 %

#### **Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen- Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA)**

Die FQA des Landkreises Ansbach ist für die Beratung, Überwachung und Kontrolle der Alten- und Pflegeheime und der Einrichtungen der Behindertenhilfe im Landkreis Ansbach zuständig. Es werden 25 Alten- und Pflegeheime mit insgesamt etwa 1.850 Heimplätzen und elf Gesamteinrichtungen der Behindertenhilfe mit ca. 1.000 Wohnplätzen betreut.

Wie auch in den letzten Jahren beinhalten die Begehungen neben einer umfassenden Beratung auch Situationsanalysen vor Ort. Beim Feststellen eventuell vorliegender Mängel werden auch immer eingehende Gespräche mit dem zuständigen Leitungspersonal geführt. Diese Beratungssituationen wurden und werden aufgrund der Gesetzeslage immer wichtiger, schwieriger und zeitintensiver. Dies wurde 2018 wegen der Personalpolitik und dem Problem des Fachkräftemangels zunehmend aufwendiger.

Veranstaltungen, wie z.B. der Arbeitsgemeinschaft Betreuungen des Landkreises Ansbach und Trägerkonferenzen wurden besucht.

Außerdem wurde im Behindertenbereich ein Arbeitskreis mit der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> eingerichtet mit dem Thema: Menschen mit Behinderung im Krankenhaus.

#### Tuberkulosefürsorgestelle

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Röntgenthorax-Untersuchungen	222	171	-23,0 %
telefonische/schriftliche Befragungen von Kontaktpersonen	50	80	60,0 %
Bluttests (QuantiFERON-Tb Gold)	307	202	-34,2 %
aktive, behandlungsbedürftige Tuberkulose	14	24	71,4 %

#### Labor

Einfache Laborarbeiten (z.B. das Bebrüten von Bluttests zur Untersuchung auf eine Tuberkuloseinfektion) werden durchgeführt.

## **15. Gesundheits- und Veterinärwesen**

Das Jahr 2018 war geprägt von folgenden Kernthemen:

- EU-Audit im Futtermittelbereich in einem Großbetrieb im Landkreis Ansbach.
- Gleichbleibend hohes Aufkommen an Tierschutzverstößen und -kontrollen.
- Steigende Fallzahlen bei risikobasierten Vor-Ort-Kontrollen (z.B. nach SchweinehaltungshygieneV, zu Cross Compliance, zu Tierschutz).
- Steigende Zahl von Exporten (v.a. verarbeitete tierische Lebensmittel), Wahrnehmen aller (kurzfristig) gewünschten Abfertigungstermine usw.
- Übergang mehrerer Großbetriebe auf die zentrale Lebensmittel-Kontrollbehörde (KBLV) unter Beibehaltung von Einzelzuständigkeiten beim Landratsamt Ansbach (hoher Abstimmungsbedarf, gemeinsame Kontrolltätigkeiten, Entwicklung des Zertifizierungsprocedere usw.)
- Vorbereitungen auf den Ernstfall bei der Afrikanischen Schweinepest, da sich der Erreger in Osteuropa weiter erheblich ausgebreitet hat.
- Weitergehender Strukturwandel in der Tierhaltung (Konzentration der Tierhaltungsbetriebe, Zuwachs an alternativer Veredelung wie z.B. Biogas, Zuwachs an relevanten Hobbyhaltungen z.B. Imkerei, Geflügel, Liebhaberhaltungen usw.).
- Wiederholte Verschleppung von salmonellenhaltigen Futtermitteln (Eiweißträgern) aus einem Großhersteller auf landwirtschaftliche Höfe.

Hierzu sind u.a. folgende Punkte zu nennen:

### Entwicklung Tierhaltungen

#### Übersicht Nutztierhaltung

<b>Tierart</b>	<b>Anzahl Tiere 2017</b>	<b>Anzahl Tiere 2018</b>	<b>Veränderung</b>	<b>Anzahl Betriebe 2017</b>	<b>Anzahl Betriebe 2018</b>	<b>Veränderung</b>
Rinder	117.092	114.680	-2,1 %	1.445	1.339	-7,3 %
Schweine	189.432	183.829	-3,0 %	938	902	-3,8 %
Schafe	17.709	18.840	6,4 %	605	597	-1,3 %
Ziegen	1.109	1.126	1,5 %	303	304	0,3 %
Pferde	4.687	4.673	-0,3 %	900	905	0,6 %
Hühner	286.668	222.734	-22,3 %	4.481	4.495	0,3 %
Puten	203.310	200.112	-1,6 %	154	155	0,6 %
Gehegewild	1.307	1.306	-0,1 %	69	69	0,0 %
Imkerei	4.000 (Völker)	4.231 (Völker)	5,8 %	709	749	5,6 %

Tierzahlen und Betriebszahlen im Landkreis Ansbach und in der Stadt Ansbach zusammengefasst

Die Fluktuation bei den Tierzahlen (hier v.a. Hühner) ist erfahrungsgemäß meist reversibel (marktbedingt). Relevante, vermutlich irreversible Veränderungen bei den Tierhaltungen betrafen 2018 v.a. den erheblichen Rückgang von rinderhaltenden oder schweinehaltenden Betrieben (7,3 % bzw. 3,8 %). Erfreulich ist der Zuwachs an Bienenhaltern.



### Tierseuchenbekämpfung/tierische Nebenprodukte

In 2018 blieb der Landkreis Ansbach vom Auftreten seuchenhaft übertragbarer Tierkrankheiten, wie Schweinepest, Geflügelpest oder Maul- und Klauenseuche verschont.

Zur Krisenvorbereitung wurden u.a. fünf Tierseuchenübungen (auf EDV-Basis, jeweils zusammen mit der zuständigen Mittelbehörde) vorgenommen, die Notfallkoffer sowie die Notfallausrüstung turnusgemäß neu zusammengestellt, eine Vor-Ort-Übung (mit konkretem Tierkörper) zur Einübung des ernstfallmäßigen Handlings und der Beprobung von ASP-infizierten Wildtieren, die dabei erstellten Fotos wurden später in die Schulungsunterlagen des StMUV übernommen.

2018 kam es dreimal unabhängig zu Verschleppung von salmonellenhaltigen Futtermitteln in den Landkreis Ansbach. Bei diesen Futtermitteln handelte es sich jeweils um Eiweißträger, die vor Information über das Problem meist schon zu hofeigenen Alleinfuttermitteln vermischt worden waren. Hieraus resultierten große Futtermittelmengen und entsprechende Notsituationen für die betroffenen Landwirte (Futtermangel, Platzmangel im gefüllten Silo, Vermarktungsschwernisse). Bei keinem Betrieb kam es durch die Kontamination zu einem Ausbruch der Salmonellose. Sperren für betroffene landwirtschaftliche Betriebe konnten, nicht zuletzt durch hohen Beratungsaufwand durch das Veterinäramt, sämtlich binnen drei Monaten wieder aufgehoben werden.

Im Realbetrieb „Tierseuchen“ waren 2018 folgende Krankheiten relevant:

#### Anzeigepflichtige Tierseuchen:

	<b>Tierart</b>	<b>Anzahl der Fälle 2017</b>	<b>Anzahl der Fälle 2018</b>	<b>Veränderung</b>
Amerikanische Faulbrut der Bienen	Bienen	1	0	-100,0 %

#### Meldepflichtige Tierkrankheiten

	<b>Tierart und Anzahl der Fälle 2017</b>	<b>Tierart und Anzahl der Fälle 2018</b>	<b>Veränderung</b>
Schmallenbergvirusinfektion (SBV)	Rind 4x	Rind 0x	-100,0 %
Chlamydiose	Rind 4x	Rind 1x	-75,0 %
Q-Fieber	Rind 5x	Rind 1x	-80,0 %
Salmonellose andere Tierarten	Schaf 2x Schwein 12x Geflügel 0x Tauben 1x Hund 1x	Schaf 2x Schwein 10x Geflügel 9x Tauben 1x Hund 0x	0,0 % -16,7 % - % 0,0 % -100,0 %
Echinokokkose	Fuchs 0x	Fuchs 1x	- %
Paratuberkulose	Rind 0x	Rind 1x	- %
Listeriose	Rind 0x	Rind 1x	- %
Tuberkulose	Schwein 0x	Schwein 1x	- %
Toxoplasmose	Rind 0x	Rind 1x	- %
Campylobakteriose	Hund 1x Katze 1x	Hund 0x Katze 0x	-100,0 % -100,0 %
Vogelpocken Huhn	1x	0x	-100,0 %

An 371 Imker wurden für die Behandlung der Varroatose der Bienen die Bekämpfungsmittel ausgegeben und die erforderlichen Abgabebelege und Behandlungsanweisungen erstellt.

	2017	2018	Veränderung
Anzahl der Imker	345	371	7,5 %

Tabelle: Ausgabe der Varroabekämpfungsmittel

In der Rezhalle Ansbach wurden im Jahr 2018 zahlreiche Märkte und Absatzveranstaltungen abgehalten. Dabei wurden die aufgetriebenen Tiere der amtstierärztlichen Eingangsunter-suchung unterzogen.

Anzahl Märkte/aufge-triebene Tiere und Jahr	Großvieh-markt	Kälber-markt	Schaf-markt	Fleischrinder-Markt (zweijähriger Turnus)
Märkte 2018	11	26	3	-
Tiere 2018	1.049	23.643	128	-
Märkte 2017	11	26	3	1
Tiere 2017	1.191	24.209	178	98

Tabelle: Markt- und Absatzveranstaltungen mit amtstierärztlicher Auftriebsuntersuchung

### Cross Compliance

Im Rahmen von Cross Compliance, in Deutschland auch als „anderweitige Verpflichtungen“ bezeichnet, werden im Bereich der Agrarpolitik der europäischen Gemeinschaft die landwirt-schaftlichen Prämienzahlungen an Regelungen des Fachrechts gekoppelt. Beanstandungen führen, außer in Bagatellfällen, zu Prämienkürzungen.

Das Veterinäramt darf hier mit eigenem Personal Kontrollinhalte für die Landwirtschaftsver-waltung und die auszahlende Stelle übernehmen.

Nachfolgend sind die Kontrollzahlen aufgeführt.

Kontrollart	2017	2018	Veränderung
systematische Kontrollen	150	206	37,3 %
Beanstandungen – Anzahl	22	29	31,8 %
Beanstandungen – in %	14,7	14,1	-0,6 %
Anlasskontrollen	44	26	-40,9 %
Beanstandungen – Anzahl	21	9	-57,1 %
Beanstandungen – in %	47,7	34,6	-13,1 %

Tabelle: Cross Compliance-Kontrollen

## Viehtransporte

Lebendtiertransporte in andere EU-Mitgliedstaaten bzw. in Drittländer wurden in 102 Fällen vom Veterinäramt abgefertigt. Alle Transporte wurden in das EU-Meldesystem TRACES eingestellt. Die Tiere werden am Verladeort auf ihre Transportfähigkeit begutachtet und einer allgemeinen amtstierärztlichen Untersuchung auf ansteckende Krankheiten unterzogen. Es wird zusätzlich geprüft, ob die Herkunftsbetriebe die tierseuchenrechtlichen Voraussetzungen hinsichtlich bestimmter anzeigepflichtiger Tierseuchen erfüllen. Weiterhin wird geprüft, ob die Transportfahrzeuge bestimmte europaweit festgelegte tierschutzrechtliche Mindeststandards erfüllen und die Fahrer entsprechende tierschutzrechtliche Transportbefähigungsnachweise besitzen.

Tierart	Trans- porte	Trans- porte	Veränderung	Tierzahl bzw. Gewicht bei Fischen		Veränderung
	2017	2018		2017	2018	
Rinder	42	53	26,2 %	157	318	102,5 %
Schweine	4	2	-50,0 %	221	11	-95,0 %
Pferde	35	37	5,7 %	37	44	18,9 %
Lamas/Alpakas	2	4	100,0 %	13	15	15,4 %
Fische	2	1	-50,0 %	4.750 kg	4.000 kg	-15,8 %
Schafe/Ziegen	-	2	- %	0	7	- %
Hunde/Katzen	-	3	- %	0	3	- %
gesamt	85	102	20,0 %	428 bzw. 4.750 kg	398 bzw. 4.000 kg	-7,0 % -15,8 %

Tabelle: Verbringen von lebenden Tieren in andere EU-Mitgliedstaaten und Exporte in Drittländer

Ferner wurden die in der nachstehend genannten Tabelle aufgeführten tierseuchenrechtlichen Bescheinigungen ausgefertigt und teilweise Sendungen vor Ort überprüft.

Bescheinigungsart	Anzahl 2017	Anzahl 2018	Veränderung
Exportbescheinigung Tierhaarerzeugnisse <sup>1)</sup>	59	58	-1,7 %
Export von Seren und Diagnostika (Handelsbetrieb/Laborbedarf) <sup>1)</sup>	48	52	8,3 %
Export von Rindersperma <sup>2)</sup>	13	17	30,8 %
Vorzeugnisse für Schweineexporte für nicht im Landkreis Ansbach gelegene Sammelstellen	20	19	-5,0 %
Vorzeugnisse für Rinderexporte für nicht im Landkreis Ansbach gelegene Sammelstellen	90	94	4,4 %
Wanderzeugnisse <sup>1)</sup> für Imker	26	29	11,5 %

Tabelle: Amtstierärztliche Bescheinigungen im Tierseuchenbereich (<sup>1)</sup> teilweise Abfertigung vor Ort, <sup>2)</sup> Abfertigung vor Ort)

### Tierische Nebenprodukte

Insgesamt sind im Zuständigkeitsbereich 270 Betriebe nach dem Tierischen-Nebenprodukte-Beseitigungsrecht registriert bzw. zugelassen. Insgesamt wurden 28 Biogasanlagen und acht sonstige Betriebe, die unter diesen Rechtsbereich fallen, nach veterinärrechtlichen Bestimmungen überprüft.

<b>Anzahl Betriebe/Anlagen und Kontrollen</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
gesamt	270	277	2,6 %
davon Biogasanlagen	172	174	1,2 %
Kontrollen Biogasanlagen	28	21	-25,0 %
Kontrollen sonstige Betriebe nach Nebenprodukte-Beseitigungsrecht	8	9	12,5 %

Tabelle: Betriebe mit Registrierung bzw. Zulassung nach Tierischen-Nebenprodukte-Beseitigungsrecht

### Tierschutz

Anlassbezogene tierschutzrechtliche Überprüfungen einschließlich entsprechender Nachkontrollen sowie Routinekontrollen wurden insgesamt 353 durchgeführt. Die Hinweise und Anzeigen kamen bei den anlassbezogenen Kontrollen aus der Bevölkerung, von Tierschutzorganisationen, von der Polizei, von Gemeinden sowie dem LKV und dem Milchprüfing.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Anzahl Kontrollen	441	353	-20,0 %

Tabelle: Tierschutzkontrollen

Die Palette der überprüften Tierhaltungen umfasste Vogelhaltungen, Geflügelhaltungen, Tierhaltungen mit exotischen Tieren, Zierfischhaltungen, Nagetierhaltungen, Hunde- und Katzenhaltungen, Schaf- und Ziegenhaltungen sowie Rinder-, Pferde- und Schweinehaltungen. Regelmäßig zu überprüfende Tierhaltungseinrichtungen wurden ebenfalls kontrolliert und etwaige Verstöße geahndet. Teilweise wurden bei besonders schwerwiegenden Verstößen die Tiere weggenommen.

Im Rahmen des Vollzugs waren folgende Anordnungen zu treffen

<b>Tierschutz</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>Veränderung</b>
Ahndung von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz (Bußgeldbescheide)	14	22	57,1 %
Ahndung von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz (Strafanzeige)	1	3	200,0 %
Ahndung von Verstößen gegen das Abgabeverbot trächtiger Tiere ab 1. September 2017	6	9	50,0 %
Anschreiben Mängelbeseitigung/Auflagenbescheide	17	12	-29,4 %
Befähigungsnachweise nach VO(EG) 1/2005	19	21	10,5 %
Duldungsanordnungen Tierschutz	9	15	66,7 %
Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 TierSchG	8	6	-25,0 %
Kostenfestsetzungsbescheide Tierschutz	3	0	-100,0 %
Sachkundenachweis Tierschutz-Schlacht-VO Art. 7 Abs. 2	13	9	-30,8 %
Tierhaltungsverbote	3	2	-33,3 %
Tierwegnahme	4	4	0,0 %
Zulassungen als Transporteur nach V(EG) 1/2005	22	35	-59,1 %
Zwangsgeldfestsetzungen	6	6	0,0 %

Tabelle: Anordnungen nach Tierschutzrecht

Tierarzneimittelrecht

Im Berichtszeitraum befanden sich 37 niedergelassene praktizierende Tierärzte im Landkreis und sechs im Stadtgebiet (Gesamtzahl niedergelassene Tierärzte 43). Das Gewerbe der Tierheilkunde (Tierheilpraktiker) führten zehn Personen durch. Die tierärztlichen Hausapotheken sollen im 2-jährigen Turnus nach arzneimittelrechtlichen Vorschriften überprüft werden. Von den 43 registrierten tierärztlichen Hausapotheken wurden 26 überprüft. Bei Tierheilpraktikern wurden keine arzneimittelrechtlichen Kontrollen durchgeführt.

<b>Betriebsart</b>	<b>Kontrollen 2017</b>	<b>Kontrollen 2018</b>	<b>Veränderung</b>
landwirtschaftliche Betriebe	13	23	76,9 %
landwirtschaftliche Betriebe Kontrolle 16. AMG-Novelle	49	90	83,7 %
tierärztliche Hausapotheke	26	13	-50,0 %
Tierheilpraktiker	0	0	- %

Tabelle: Anzahl tierarzneimittelrechtlicher Kontrollen

## Landwirtschaftliche Baupläne sowie Stellungnahmen zu Biogasanlagen

	2017	2018	Veränderung
Stellungnahmen – Anzahl	92	91	-1,1 %

## Lebensmittel- und Fleischhygiene/gesundheitlicher Verbraucherschutz

Vom Veterinäramt wurden 257 Exportzeugnisse für Molkereierzeugnisse (Käse) für die aufgeführten Länder ausgestellt. Die Warensendungen wurden beim Abtransport einer Nämlichkeitskontrolle unterzogen.

Bestimmungsland	Anzahl der Exporte		
	2017	2018	Veränderung
Armenien	8	2	-75,0 %
Australien	0	1	-100,0 %
Bosnien-Herzegowina	93	107	15,1 %
Chile	18	1	-94,4 %
China	8	0	-100,0 %
Dubai	1	0	-100,0 %
Georgien	6	3	-50,0 %
Korea	1	0	-100,0 %
Kosovo	12	14	16,7 %
Kuba	0	1	- %
Libanon	5	2	-60,0 %
Mazedonien	17	19	11,8 %
Moldawien	0	1	- %
Montenegro	36	38	5,6 %
Palästina	0	1	- %
Saudi-Arabien	0	2	- %
Serbien	55	61	10,9 %
Südafrika	0	1	- %
Turkmenistan	1	0	-100,0 %
Ukraine	1	0	-100,0 %
Usbekistan	4	3	-25,0 %
Gesamt	266	257	-3,4 %

Tabelle: Exportabfertigungen für Molkereierzeugnisse (Käse)

Der Nationale Rückstandskontrollplan (NRKP) ist ein Programm zur Überwachung von Lebensmitteln tierischer Herkunft in verschiedenen Produktionsstufen auf Rückstände von unerwünschten Stoffen. Ziel des NRKP ist es, die illegale Anwendung verbotener oder nicht zugelassener Substanzen aufzudecken, die Einhaltung der festgelegten Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände zu überprüfen sowie die Ursachen von Rückstandsbelastungen aufzuklären. Ebenso werden die Lebensmittel tierischen Ursprungs auf eine Belastung mit Umweltkontaminanten untersucht. Die Ergebnisse des NRKP sind im Internet unter <http://www.bvl.bund.de/nrkp> veröffentlicht. Im Rahmen des NRKP wurden im Jahr 2018 insgesamt 291 Proben gezogen. Die Probenziehung erfolgte in den Erzeugerbetrieben durch das Veterinäramt und durch die Lebensmittelüberwachung. An Schlachtbetrieben wurden die Proben von den amtlichen Tierärzten entnommen. Die Proben wurden auf Hemmstoffe und

auf verbotene Substanzen wie z.B. Chloramphenicol, unerlaubte Masthilfsmittel wie z.B. Stilbene, Thyreostatika, Steroide und  $\beta$ -Agonisten, Rückstände von Antibiotika wie z.B. Penicilline oder Tetracycline, Beruhigungsmittel wie z.B. Promazine, andere Stoffe und Kontaminanten wie z.B. organ. Chlorverbindungen und PCB's (Dioxin) sowie sonstige Tierarzneimittel wie z.B. Kokzidiostatika und Anthelmintika, untersucht. Alle im Landkreis entnommenen Proben wiesen negative Befunde auf.

Tierart	Ort der Probennahme	Anzahl der Proben 2017	Anzahl der Proben 2018	Veränderung
Rinder, Schweine	Erzeugerbetrieb	53	32	-39,6 %
Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen	Schlachtbetrieb	174	155	-10,9 %
Geflügel	Erzeugerbetrieb	20	25	25,0 %
Geflügel	Schlachtbetrieb	59	57	-3,4 %
Milch von Kühen	Erzeugerbetrieb	17	17	0,0 %
Hühnereier	Erzeugerbetrieb/ Packstelle	1	1	0,0 %
Aquakulturbetrieb	Erzeugerbetrieb	2	3	50,0 %
Honig	Erzeugerbetrieb	1	1	0,0 %
<b>Gesamt</b>		<b>327</b>	<b>291</b>	<b>-11,0 %</b>

Tabelle: Jahresübersicht für Probenahmen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan (NRKP)

Die Probenahme zur Untersuchung auf Trichinen bei erlegten Wildschweinen durch den amtlichen Tierarzt (TA) bzw. durch den Jagd ausübungsberechtigten (JAB) ist nachfolgend aufgeführt :

	2017	2018	Veränderung
	1.122 Wildschweine	926 Wildschweine	-17,5 %
	TA= 149	TA= 107	-28,2 %
	JAB = 973	JAB = 819	-15,8 %

Entnahme der Trichinenproben durch TA bzw. JAB

Alle Betriebe, die Lebensmittel in Verkehr bringen, werden von den Lebensmittelüberwachungsbeamten nach einem risikoorientierten Kontrollansatz, teilweise auch mehrmals pro Jahr, überprüft. Nach einem vom LGL vorgegebenen Kontrollplan werden bei den Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeproduzenten sowie im Lebensmittelhandel von den Lebensmittelüberwachungsbeamten Proben gezogen. Diese werden auf Rückstände, gesundheitsgefährdende Stoffe, mikrobielle Kontamination, allergene Belastungsrisiken und Grenzwertüberschreitungen bei Umweltkontaminanten untersucht. Die ordnungsgemäße Kennzeichnung wird überprüft. Immer häufiger müssen auch Rückrufaktionen, die im EU-Schnellwarnsystem eingestellt werden, überwacht werden. Die Anzahl der durchgeführten Kontrollen ist nachstehend aufgeführt. Bei geringen Verstößen wurden gebührenpflichtige Verwarungen erteilt oder Auflagenbescheide erlassen. Bei erheblichen Verstößen wurden Bußgeldverfahren eingeleitet oder Strafanzeige gestellt.

	Anzahl 2017	Anzahl 2018	Veränderung
Anzahl der zu überwachenden Betriebe insgesamt	2.792	2.711	-2,9 %
Betriebskontrollen insgesamt	2.555	2.503	-2,0 %
mit Amtstierarzt	126	100	-20,6 %
Probenahmen	438	581	32,6 %

Tabelle: Anzahl der LM- Betriebe und durchgeführte Kontrollen einschließlich Probenahmen

### Futtermittel

Bei Futtermittelherstellern, dem Landhandel und in landwirtschaftlichen Betrieben wurden insgesamt 102 Futtermittelplanproben entnommen.

Festzuhalten bleibt, dass die Futtermittelprobung seit Jahren steigende Tendenz in Anzahl und Beprobungsaufwand aufweist

Diese risikoorientierten, nach dem Futtermittelrecht gezogenen Planproben, teilen sich wie folgt auf:

Probeentnahmeort	Anzahl 2017	Anzahl 2018	Veränderung
Herstellungsbetrieb	57	65	14,0 %
Futtermittelhändler	9	13	44,4 %
landwirtschaftlicher Betrieb	33	24	-27,3 %
Gesamt	99	102	3,0 %

Außerdem wurden Schwerpunktkontrollen in Mastputenhaltungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden Tränkwasserproben entnommen. Durch diese Probennahmen sollte der sachgerechte Umgang mit oral anzuwendenden Fertigarzneimitteln geprüft werden. Das Tränkwasser wurde auf Verschleppung von Arzneiwirkstoffen untersucht, da diese das Risiko zur Bildung von Resistenzen erhöhen.

Aufgrund der Bedeutung der fahrbaren Mahl- und Mischanlagen (FMM) in Bezug auf Anzahl der FMM-Betreiber und der Gesamtproduktionsmenge in Bayern wurde auch hier eine gezielte Beprobung durchgeführt.

Auch im Jahr 2018 wurden Landwirte, die Tätigkeiten ausüben, welche über die reine Primärproduktion hinausgehen, gezielt beprobt. Dies sind Landwirte, die reine Zusatzstoffe, wie Harnstoff und Propionsäure einsetzen.

Weiterhin wurden zur Überwachung der Umweltradioaktivität vier Pflanzenarten, wie Heu, Silomais, Kartoffeln und Weizen, zum Erntezeitpunkt beprobt. Grenzwertüberschreitungen wurden nicht festgestellt.

Dr. Jürgen Ludwig  
Landrat